

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.30 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.80 Mk. halbjährlich, 7.50 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pfg. Sonntagsblätter 10 Pfg. Postabonnementspreis: 1.10 Mk. pro Monat. Eintragungen in die Post-Listung: Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Lissabon, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 besteht für die hochgehaltenen Holonetze über deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An unsere Leser.

Die Steigerung unserer Abonnentenzahl erfordert die Aufstellung einer neuen größeren Zeitungsmaschine. Die dadurch nötig werdenden baulichen Veränderungen bedingen, daß in den nächsten beiden Wochen je eine unserer „Vorwärts“-Maschinen außer Betrieb gestellt werden muß. Wir haben zwar, unterstützt von der Redaktion, alle Vorkehrungen getroffen, um die rechtzeitige Fertigstellung der Zeitung zu sichern; sollte aber infolge nicht voraussehbarer Störung eine Verzögerung in der Zustellung des „Vorwärts“ eintreten, so bitten wir unsere Leser um Nachsicht.

Druckerei und Verlag des „Vorwärts“.

Der 39. Kongreß der Trade-Unions

London, 1. September.

Am 3. September eröffnen die britischen Trade-Unions (hies: Trade-Unions) ihren 39. Jahreskongreß in Liverpool. Beim Parlamentarischen Komitee (Kongreßleitung) wurden 489 Delegierte angemeldet, die 1.560.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Der Kongreß weckt weniger Interesse als eine große Versammlung der Arbeiterpartei — der politischen Organisation derselben Trade-Unionisten. Beide Organisationen stehen in einem gewissen Gegensatz zueinander. Der Trade-Unionkongreß ist liberal; die Arbeiterpartei ist proletarisch.

Mit dieser Bemerkung soll hier weder Lob noch Tadel ausgesprochen werden. Wo es sich um wichtige, in den Gang der Geschichte eingreifende Ereignisse handelt, ist Lob oder Tadel kaum am Platze. Die Aufgabe des Berichtstatters ist in solchen Fällen eine schwieriger. Sie besteht darin, die Ereignisse im geschichtlichen Zusammenhange zu betrachten und ihre Ursachen aufzudecken.

Die britische Arbeiterbewegung, wie sie sich in ihrem rein gewerkschaftlichen Charakter in den letzten vierzig Jahren offenbarte, stellte die ersten Stufen des Aufschwunges einer unterdrückten und entrechteten Klasse dar. In diesen ersten Stufen charakterisierte sich der Aufschwung der Arbeiterklasse durch bescheidene Forderungen, — durch innerhalb des Rahmens der bestehenden Ordnung auszuführende Verbesserungen. In seinem Buche über die „Sorglosigkeit der Frau“ (Kapitel III, Absatz 27) macht John Stuart Mill folgende beachtenswerte Bemerkung:

„Es ist immer so in allen Fällen der Unterdrückung, wenigstens am Anfang eines Befreiungskampfes. Die Höheren klagen nicht über die Macht der Grundherren, sondern über deren Tyrannel. Die englischen Commons (Gemeinen, Bürger) fordereten zuerst nur einige municipale Rechte; dann wandten sie sich gegen die Zunftordnung, ohne ihre Einwilligung besteuert zu werden; sie würden es aber als eine große Wertgegenstand betrachten, einen Anteil an der Souveränität (Machtvollkommenheit) des Königs zu fordern.“

Mill charakterisiert hier die ersten Stufen jedes Befreiungskampfes. So war es in England im 15. und 16. Jahrhundert, so in Frankreich im 17. Jahrhundert. Der aufsteigende bürgerliche Staat hatte damals keinen anderen Ehrgeiz, als seine Lebenshaltung zu heben, seine soziale Stellung zu verbessern und eine gewisse Gleichberechtigung mit dem Adel zu erlangen. Der Bürger wurde zuerst zum Bourgeois-Gentilhomme (zum Bürger, der dem Adeligen nachahmt), — zu jener komischen Figur, die von Molière (1622—1673) verewigt wurde. Der englische schlichtere Commoner und der französische Bourgeois-Gentilhomme waren ehrbare Mitglieder ihrer Gilden, die ihre nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen wahrnahmen, aber noch keinen ersten Kampf, keine Revolution gegen Autokratie und Adel wollten. An einen Kampf gegen die alte Ordnung dachten sie vorerst nicht. Sie besahen wohl ein Gildenbewußtsein, aber kein Standesbewußtsein; — es war ja eben dieser Mangel an Standesbewußtsein, der von Molière in seiner berühmten Komödie an den Pranger gestellt wurde. Das Standesbewußtsein kam erst später und mit ihm die Revolution; — an Stelle der Gilden und der engen Gildeninteressen kam der politische, staatliche Kampf und das Bewußtsein der Standesinteressen der Bourgeoisie, wie sie in der revolutionären Tätigkeit Cromwells und des Konvents zum klaffenden Ausdruck gelangten.

Eine merkwürdige Parallele zum urfranzösischen schlichteren Commoner und zum Bourgeois-Gentilhomme fand sich bis jetzt im Labour-Liberal-Gewerkschaftler, der in den letzten vierzig Jahren im Trade-Unionkongreß vertreten wurde. Was dort die Gilde, was hier die Trade-Union; was dort das Bestreben, dem liberalen Kapitalisten ähnlich zu werden. Das Klassenbewußtsein fehlte, — das Bewußtsein, daß es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist, eine neue soziale Ordnung herzustellen. Dieser Mangel zeigte sich besonders darin, daß die Arbeiterorganisationen in der politischen Organisation der herrschenden Klassen aufgingen. — waren nicht Socialist Labour, sondern Liberal Labour.

Die Gründung der neuen selbständigen Arbeiterpartei im Jahre 1900 war deshalb ein revolutionärer Akt, und ihre Siege bei den letzten Wahlen erregten deshalb so großes Aufsehen bei der herrschenden Klasse. Die Tätigkeit der Arbeiterpartei, der politischen Organisation der Trade-Unionisten, wird demgemäß mit größerer Aufmerksamkeit verfolgt, als die Tätigkeit der Trade-Unionkongresse; denn jene bedeutet eine weitere Etappe im Aufschwunge der Arbeiterklasse und des von ihr vertretenen neuen sozialistischen Prinzips. Der Aufschwung einer unterdrückten und entrechteten Klasse bedeutet gleichzeitig den Aufschwung eines neuen gesellschaftlichen Prinzips, auch wenn diese Klasse in den ersten Stufen ihres Aufschwunges das neue Prinzip nicht anerkennt und nur eine Verbesserung des alten Prinzips verlangt. Und da für den modernen Sozialisten die Verwirklichung des Sozialismus an den materiellen und geistigen Fortschritt und Sieg des Proletariats geknüpft ist, so muß ihm jedes Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, von erheblicher Bedeutung sein. Deshalb beachten wir auch die Trade-Unionkongresse — trotz ihrer bürgerlich-politischen Haltung — viel sorgfältiger und mit viel ehrlicherem Interesse, als dies von der bürgerlichen Presse geschieht. Uebrigens ist auch der Liberalismus des Trade-Unionkongresses im Verschwinden begriffen. Die Resolutionen, die ihm vorliegen, wenden sich an die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei und nicht wie früher an das Parlamentarische Komitee. Um diesen Unterschied richtig würdigen zu können, ist vielleicht folgende Erklärung nötig:

Der Trade-Unionkongreß ist kein organischer Bestandteil der Trade-Unionbewegung. Er hängt nicht, wie in Deutschland, mit den Gewerkschaften eng zusammen. Die britischen Trade-Unions sind nicht föderiert, sie arbeiten nicht beständig miteinander, sondern sind unabhängig voneinander. Erst in den letzten Jahren wurde der Versuch gemacht, die Trade-Unions zu föderieren. Der Kongreß ist vorläufig das einzige Mittel, die Gewerkschaftsführer auf eine Woche im Jahre zusammenzubringen. Der Kongreß wählt ein Dutzend verschiedener Gewerkschaftsführer, um 1. den Kongreß vorzubereiten, 2. die vom Kongreß gefassten Resolutionen vor das Parlament zu bringen. Diese vom Kongreß auf ein Jahr gewählte Kommission nennt man Parlamentarisches Komitee. Der Gedanke, der dieser Einrichtung zugrunde liegt, ist folgender: Da die Trade-Unions nichts mit Politik zu tun haben, und da ohne Politik die gefassten Resolutionen wirkungslos bleiben müßten, so sollte das Parlamentarische Komitee die politische Arbeit besorgen und sich bemühen, den Kongreßbeschlüssen legislative Sanction zu verleihen. Die Verluste des Parlamentarischen Komitees bestanden gewöhnlich darin, daß es um Kludienzen bei den verschiedenen Ministern bat, ihnen die Wünsche des Kongresses vorzutragen, dann mit liberalen, arbeiterfreundlichen Parlamentariern konferierte, um den Arbeitern zu helfen. Diese Politik war offenbar demütigend, unselbständig und ohne jedes Klassenbewußtsein. Jetzt aber wird mit dem Antikambrieren und den Gnadengesuchen gebrochen; die Trade-Unions wenden sich an ihre eigenen, selbständig gewählten Arbeiterparlamentarier, um die Resolutionen in Bills (Gesetzesvorlagen) zu verwandeln und sie im Parlament einzubringen, — ganz so, wie die deutschen Arbeiter auf sozialdemokratischen Parteikongressen handeln. Der Fortschritt in der britischen Arbeiterbewegung ist also unleugbar.

Der Kongreß in Liverpool wird sich hauptsächlich mit Sozialpolitik beschäftigen: Achtstundentag, Arbeiterlohn, Alterspensionen, Arbeitslosigkeit, Behausung und Minimallohn. Ueber letzteren Punkt wird jetzt in England viel diskutiert und wir werden nächstens in einem besonderen Artikel das Für und Wider dieser Frage besprechen. Dann verlangt eine Resolution eine parlamentarische Reform, die die Durchberatung der verschiedenen Initiativanträge ermöglichen soll. Die parlamentarische Geschäftsordnung, die jetzt herrscht, ist Initiativanträgen nicht günstig. Schließlich wird sich der Kongreß mit demokratischen Reformvorschlügen und Schulfragen beschäftigen. Erwähnenswert ist folgende Resolution, die die Feier des 1. Mai betrifft und von den Londoner Schneidern und Schneiderinnen eingebracht wird: „Da die Feier des 1. Mai den Zweck hat, für die Interessen des internationalen Proletariats zu demonstrieren, so fordert der Kongreß alle organisierten Arbeiter auf, sich in Reich und Glied mit den Arbeitern der übrigen Länder zu stellen und am 1. Mai — wo es ohne ernstlichen Schaden der Arbeiterinteressen geschehen kann — durch Arbeitsruhe zu demonstrieren für den Achtstundentag, für die Arbeiterinteressen im allgemeinen und für den Völkerfrieden.“ Eine lebhaft diskutierte auch den Villetts-Resolution auf Einführung von obligatorischen Säbelsgerichten, hervorzurufen. Dieser Antrag, der seit 1902 auf den Kongressen wiederkehrt, scheint in den letzten Jahren an Popularität gewonnen zu haben.

Während der Kongreßwochen werden unsere Genossen von der Sozialdemokratischen Föderation und der Independent Labour Party öffentliche Volksversammlungen in Liverpool abhalten. Spindman, Gardie, Quells, Smilie, die Gräfin Warwick werden als Redner auftreten. Die Gräfin Warwick (hies: Worrid) ist seit zwei Jahren in der sozialdemokratischen Bewegung durch Wort, Schrift und Geldopfer tätig; sie bekannte sich öffentlich zur Klassenkampftheorie. Ein end-

gültiges Urteil über ihre Parteigehörigkeit abzugeben ist indes noch verfrüht.

Auch die Vertreterinnen der sozialistischen Frauenbewegung treffen Anstalten, die Liverpooler Kongreßwochen auszunutzen.

Die russische Revolution.

Binnen-Politik.

Petersburg, 3. September. (W. S.) Es bestätigt sich, daß General Trepow aus Gesundheitsrücksichten seines Postens enthoben worden ist. Der Zar soll über die Ernennung des Generals Rinn und die in Peterhof bestehende Unsicherheit sehr aufgeregt sein.

Welcher Schurke wird den Posten des schurkischen Trepow erhalten? — Daß die Entlassung Trepows, falls sie wirklich erfolgt, keinen Systemwechsel bedeutet, versteht sich von selbst. Verlautet doch im selben Atemzuge, daß in Peterhof gegenwärtig wieder die Einführung einer Diktatur erwogen werde, die vom Kabinettschef und den übrigen Ministern ausgeübt werden sollte. Wie es heißt, sei Stolypin bereits für diesen Plan gewonnen!! —

Die Arbeitslosenfrage.

„Die Arbeitslosenmasse wächst mit jedem Tage“, schrieb das „Oso“. Täglich wird von gänzlich oder provisorisch geschlossenen Unternehmungen oder von vermindelter Produktion gemeldet. Die während des letzten Streiks tätig gewesenen Genossen werden gemahregelt; die Unternehmer beginnen Ausperrungen häufiger anzuhängen. Die Arbeitslosenmasse wächst und mit ihr Hunger, Epidemien, Sterblichkeitsziffer. Die Unterfüßungskommen der Stadtduma sind bald zu Ende, die öffentlichen Arbeiten beschäftigen bloß eine kleine Minderheit. Auch die Provinzpresse fragt immer dringender: „Was soll mit den Arbeitslosen geschehen?“ In den städtischen Selbstverwaltungen wird darüber diskutiert; die einen sagen: „Wenn die Petersburger Stadtduma keinen Ausweg findet, so kann man von uns nichts verlangen.“ Die anderen empfehlen städtische öffentliche Arbeiten. Man spricht, man empfängt Arbeitslosendeputierten, und man sucht die Sache in die Länge zu ziehen. Die allgemeine Meinung der bürgerlichen Provinzpresse ist die: „Der Staat soll diesem fürchterlichen Uebel seine Aufmerksamkeit schenken.“ („Kowoje Wremja“, 24. August.)

Gutes hat z. B. das Bureau der Arbeitslosen in Saratow geleistet; es ist als Konkurrent der Unternehmer und Lieferanten hervorgetreten und hat staatliche und städtische Arbeiten übernommen; dabei ist der Lohn für alle gleich; Lebewine werden nach Uebereinstimmung mit den älteren Arbeitern bezahlt, 20 Proz. des Lohnes werden für die Leitung abgenommen. („Strana“, 28. Aug.)

Furchtbar ist die Not in Odesa: Häufig sind die Fälle von Selbstmord Arbeitsloser; in den Straßen werden Hungernde bestimmungslos aufgefunden. („Kowoje Wremja“, 30. Aug.) — In Wladiwostok wurde die Arbeitslosenorganisation vernichtet, die Speisehäuser wurden geschlossen, die öffentlichen Arbeiten eingestellt, die dabei beschäftigten Arbeitslosen aus den von ihnen bewohnten Baracken hinausgedrängt. Dabei kam es zu einer förmlichen Schlacht; einige Baracken wurden niedergebrannt.

In St. Petersburg wurden viele Raucher-Arbeitslosenküchen, das Arbeitsnachwekbureau und mehrere Speisehäuser von der Polizei geschlossen, aber nicht die ganze Organisation vernichtet. Diese Organisation ist eine Schule proletarischer Disziplin; wegen ehrlöser Handlungen werden die Schuldigen von ihren Genossen ausgeschlossen und boykottiert. („Towarisch“, 20. August.) Die Petersburger Arbeitslosen haben achtstündigen Arbeitstag durchgeföhrt. Das Exekutivkomitee empfiehlt jetzt Genossengerichte zu bilden, um die Genossen für Betrunkenheit, Schlägereien, Arbeitsverhinderung usw. durch zeitweiliges oder vollständiges Ausschließen zu bestrafen! („Strana“, 28. August.)

Die reaktionären Scharfmacher in der Stadtduma und in der Presse zernern unaufhörlich gegen die Arbeitslosen. Der Einsturz beim Niederreißen der Staro-Michajlowskaja-Brücke (wo Arbeitslose beschäftigt waren) gab dem reaktionären Feldzug neue Nahrung. Die Schuld beim Einsturz lag aber an den Aufsehern (ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt). Die reaktionäre Wunde jedoch wendet sich eben gegen jede Unterstüßung der Arbeitslosen.

Die von der Stadtduma angewiesenen Summen sind natürlich bald erschöpft. Das Unterfüßungskomitee, das die Speisehäuser unterhält, hat nur noch für einen Monat von der Stadt die Mittel erhalten. („Towarisch“, 25. August.) Man steht vor der Frage: „Was wird mit der Arme Arbeitsloser geschehen? Der „Towarisch“ vom 1. September sagt: „Die öffentlichen Arbeiten werden abgeschafft werden. Sollen auch die Arbeitslosen vernichtet werden?“

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dies Ozer in den kommenden Erleantissen eine Rolle spielen wird. —

Die Reaktionäre rüsten.

Als nach Auflösung der Duma die Regierung des Zaren mit Raubtierwut über die Freiheitsbewegung herfiel und so nicht nur für die sozialistischen Parteien, sondern auch für die „wohlerzogenen“ Rabatten jede Möglichkeit offener Tätigkeit schwand, erhoben die reaktionären Hezere die Köpfe. In erster Reihe natürlich die als „Rechtsordnungspartei“, „Kühe der Adelsgesellschaften“, „Monarchistenbund“, „Verband zu aktivem Kampf mit der Revolution“, „Kuffischer Volksbund“ bekannten rückschrittlichen Organisationen, die — aus geschworenen Feinden des aufstrebenden jungen Rußlands zusammengesetzt — zum größten Teil den Zuschüssen der Regierung ihr klägliches Dasein verdanken und von Agenten der Gendarmeriebehörde und feilen „Christlichen“ geleitet und „begeistert“ werden.

Ueber diese „Parteien“ viel Worte zu machen, lohnt nicht der Mühe. Mehr Beachtung aber verdient die Tätigkeit der anderen rechten Parteien.

In letzter Zeit ist in den russischen Zeitungen z. B. vielfach von der „Partei friedlicher Wiedergeburt“ die Rede. Die Tätigkeit dieser Partei und die Rolle, die ihr wahrscheinlich in nächster Zukunft zufallen wird, sind einer scharferen Beleuchtung wert: Die Partei hat sich am 14. Juni aus Vertretern der Reichsduma gebildet. Die meisten der sich ihr anschließenden Deputierten waren

Die Wahlkreiseinteilung Berlins für die nächsten Landtagswahlen.

Das neue Gesetz betreffend die Landtagswahlkreise in Preußen teilt bekanntlich Berlin in zwölf Wahlbezirke mit je einem Abgeordneten. Im folgenden ist der Versuch gemacht, ein Bild der Verteilung der Wahlmänner auf diese zwölf Bezirke nach dem Ergebnis der Wahl von 1903 zu geben.

Table with 3 columns: Neuer Wahlkreis, Stadtbezirke, Teile vom Reichstagswahlkreis. Lists districts I through XII and their corresponding constituencies.

In der großen Tabelle ist für jeden dieser zwölf Kreise zunächst die Zahl der Wahlmänner der einzelnen Parteienrichtungen in jeder der drei Abteilungen angegeben; die fettgedruckten Ziffern geben die Summen für die drei Abteilungen, also die für die Abgeordnetenwahl maßgebenden Zahlen.

Table with 8 columns: Bezirk, Abt., Frei-sium, Konser-vativ, Soz.-dem., Son-stige, Nicht ge-wählt, Summa, Soz.-dem. in Proz. Shows election results for districts I through XII.

Die letzte Spalte zeigt, daß wir im IX. und XI. Wahlkreise siegen können, da wir schon bei der letzten Wahl fast die Hälfte aller Wahlmänner stellten.

Weniger als ein Drittel aller Wahlmänner erhielten wir in den Kreisen I bis IV und VIII; im XII. Kreise zählten wir ebenso viel Wahlmänner wie die Freisinnigen; 30,8 Prozent entfielen dort auf die Konservativen und sonstige, von den Wahlvorständen meist als unbestimmt bezeichnete.

Auch heute können wir sagen, daß das Wahlergebnis von 1903 in Berlin auf einem völlig neuen Gebiet und unter den erschwerten Verhältnissen ein anerkanntes Wertes war.

Partei und Gewerkschaft.

Genosse Kautsky hat zu diesem Thema in den Hefen 48 und 49 der „Neuen Zeit“ drei Aufsätze veröffentlicht, von denen wir nachstehend das Wesentlichste wiedergeben.

Die Theorie, auf deren Boden ich mit der ganzen „radikalen Gruppe in der Partei“ lebe, die marxistische Theorie des Klassenkampfes, ignoriert nicht nur nicht die gewerkschaftliche Tätigkeit, sondern betrachtet sie als ein wichtiges, ja unentbehrliches Moment des proletarischen Klassenkampfes.

Allerdings ist nicht jede gewerkschaftliche Bewegung von vornherein schon ein Klassenkampf. Sie entspringt mit Naturnotwendigkeit dem Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, aber die aus diesem Gegensatz entspringenden Kämpfe werden erst zu wirklichen Klassenkämpfen, wenn das Klassenbewußtsein erwacht und sie lenkt; wenn die Kämpfenden das Bewußtsein erhalten, daß es nicht bloß zufällige oder willkürliche Faktoren sind, die sie bekämpfen.

Zwischen den politischen und den gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats besteht nun der Unterschied, daß die ersteren von vornherein dem Klassenkampf dienen und daher notwendigerweise früher oder später eine Schule des Klassenbewußtseins werden, wenn sie ihm nicht direkt entspringen, indes das bei den Gewerkschaften nicht notwendigerweise der Fall ist.

Der gewerkschaftliche Kampf zeitigt nicht notwendigerweise die gleichen Folgen, obwohl er demselben Klassenkampf entspringt wie der politische Kampf. Er ist zunächst nur ein Kampf der Organisierten um ihre eigenen, persönlichen Interessen, höheren Lohn, kurze Arbeitszeit, bessere Behandlung und dergleichen.

Eben jetzt veröffentlicht Genosse Sze in der „Metallarbeiterzeitung“ Briefe aus England, die den Gegensatz zwischen den zünftigen, hornierten Gewerkschaften Englands und den dem Boden des Klassenkampfes entspringenden Gewerkschaften Deutschlands in sehr interessanter Weise klarlegen und betonen, was andere sozialdemokratische Kritiker des englischen Gewerkschaftslebens schon längst gesagt.

Klassenkampf und dessen Harten und verschiedenen Vertreter, die Sozialdemokratie. Denn ohne Gewerkschaften ist ein tieferer Klassenkampf unmöglich. Können auch die Gewerkschaften, ebenso wenig wie irgend eine andere Organisation, jemals dahin kommen, daß sie die Gesamtheit des Proletariats umfassen, die durch die kapitalistische Triebmühle unabhängig gemacht werden, sich zu organisieren, so bilden die Gewerkschaften doch diejenige Form, die am ehesten imstande ist, alle organisierbaren Elemente des Proletariats zu gemeinsamen Wirken zusammenzufassen.

Das ist keine neue Theorie, das ist eine Auffassung, so alt wie der Marxismus; zu der auch ich mich stets bekannt habe. Ich darf den Genossen Bringham darauf verweisen, daß ich im Januar 1894, in einer Zeit wirtschaftlicher Decadence in Deutschland, als in den Augen mancher Parteigenossen die Aussichten für die Gewerkschaften sehr trübe waren, daß ich damals auf das entscheidendste vor jeder Unterschätzung der Gewerkschaften warnte, ihr Wachstum prophezeite und ihre Unentbehrlichkeit für den Klassenkampf und unsere Partei hervorhob.

Es ist also umgekehrt, wie es Bringham darstellt: weder ich noch sonst einer der Marxisten hat jemals die gewerkschaftliche Bewegung an sich außerhalb des Klassenkampfes gestellt. Wir haben bloß von einer bestimmten Form der gewerkschaftlichen Bewegung ausgesagt, daß sie außerhalb des Klassenkampfes steht, ja ihn hemmt, und daß sie jene zünftige Form, die sich selbst außerhalb des Klassenkampfes stellt, von ihm nichts wissen will.

Dies die Anschauungen von Klassenkampf und Gewerkschaften, denen ich anhängen. Sie haben offenbar nicht das mindeste gemein mit jenen, welche auf der Konferenz als die meinen ausgegeben wurden, um dadurch den Marxismus zu kompromittieren.

(Schluß folgt.)

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In einer Parteiversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises (Chemnitz) wurden zum bevorstehenden Parteitag in Mannheim folgende Anträge angenommen:

Die Parteiversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises beantragt, der Parteitag wolle beschließen: dem Verlag und Herausgeber der „Vorwärts“ einen Tadel für die ganz unwürdige Ausgestaltung dieser Zeitung auszusprechen und den Parteivorstand aufzufordern, für eine der Partei würdigere Ausgestaltung der „Vorwärts“ besorgt zu sein.

Der Parteitag wolle beschließen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die „Alkoholfrage“ zu setzen. Der Parteitag wolle beschließen: Der nächste Parteitag findet in Chemnitz i. S. statt.

Parteiliteratur.

Führer durch die Militärpensionsgesetze. Bereits vor längerer Zeit kündigten wir einen Leitfaden durch obige Gesetze an. Die Arbeit ist soeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegeben.

Durch die Gesetze vom 31. Mai 1906 über die Pensionierung der Offiziere sowie über die Versorgung der Pensionen der Unterklassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutruppen ist den Klagen der beteiligten Kreise wenigstens zum Teil abgeholfen worden. Der vorliegende Führer bringt eine kurze Schilderung des Offizierpensionsgesetzes und eine ausführliche Erläuterung des Gesetzes über die Versorgung der Pensionen der Unterklassen. Allen Interessenten sei der sachkundig zusammengestellte Führer bestens empfohlen. Der Preis beträgt 50 Pf. Ueber die früher im gleichen Verlage erschienenen Gesetzbücher gibt das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts Auskunft, das auf Bestellung gratis und franco zugesandt wird.

In zweiter, verbesserter Auflage wurde soeben das 7. Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten“ von Dr. C. Geberl von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Der Verfasser, welcher als Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten über große Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügt, behandelt in dem vorliegenden, knapp und leicht verständlich geschriebenen Heft den Geschlechtsverkehr und seine Befriedigung. Was versteht man unter Geschlechtskrankheiten? Wie erfolgt die Ansteckung? Wie schützt man sich vor der Ansteckung usw.?

Das Heft kostet 20 Pf. und kann durch jede Buchhandlung, jeden Kolporteur und Zeitungsausträger, sowie direkt vom Verlage, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, gegen Einsendung von 23 Pf. bezogen werden. Auch die früher erschienenen Hefte sind noch sämtlich zu haben.

Von der Organisation.

Der sozialdemokratische Verein zu Bremen hatte am 1. Juli 1906 5354 männliche und 290 weibliche Mitglieder gegen 3710 männliche und 202 weibliche am 1. Januar.

So nach dem 1. Juli schon weitere 465 Mitglieder aufgenommen sind, so hat sich die Mitgliederzahl seit dem 1. Januar um 2173 vermehrt.

Der sozialdemokratische Volksverein des Kreises Remscheid-Genep-Nettmann hatte zu Beginn des Geschäftsjahres (1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906) 1189, am Schluß 1890 Mitglieder. Die Hauptkasse hatte 2600,26 M. Einnahme, 1877,01 M. Ausgabe, 622,65 M. Bestand, 388,30 M. wurden außerdem für die russischen Genossen gesammelt. An das niederbercheimische Agitationskomitee wurden 664,25 M., an die Parteikasse zu Berlin 885,67 M. abgeführt. Der Kassenbestand der Ortsvereine und Einzelmitgliedschaften stellt sich am 1. Juli 1906 auf 4493,28 M.; die Gesamtjahres-einnahme inkl. Kassenbestand auf 17 055,57 M. Die Gesamtausgabe betrug 10 773,82 M., mithin Kassenbestand am 30. Juni 1906 6282,25 M.

Im 1. hannoverschen Reichstagswahlkreise (Emden-Norden-Leer) zählten nach dem Bericht, der auf der zu Emden abgehaltenen Kreisversammlung erstattet wurde, Parteimitglieder: Emden 350, gewonnen im verflorenen Geschäftsjahre 256, Norden 129, gewonnen 70, Leer 78, gewonnen 43, Norderney 21. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind in Emden 2000, in Norden 450, in Leer 428 und in Norderney 60.

Die Parteipresse („Nordd. Volksblatt“) wird gelesen im Wahlkreise in 425 Exemplaren und zwar in Emden in 230, in Norden in 88, in Leer in 70 und in Norderney in 22 Exemplaren. Es ist

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater N. (Friedr. Will. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ab 1. September täglich: Oh Regen!

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herren-Garderobe

Hermit allen Freunden und
Parteigenossen zur Nachricht,
Moabiter Bürger-Säle

Sie vertreiben
Wanzen, Flöhe, Schwaben, Molten usw.
totsicher

Allen Bekannten und Kollegen
hermit die traurige Nachricht,
Otto Preß

Schloß Weißensee.
„Zum Sternecker“.
Inhaber C. Koch.
Große Sehenswürdigkeit!
Afrika.

Berolina
Verein. Mineralwasserfabriken,
G. m. b. H.
Berlin S. 59
Maybach-Ufer No. 9.

Täglich von 4-8 Uhr nachm.
findet Probewaschen mit den welt-
berühmten patentierten Wasch-
maschinen, Ringmaschinen und

Am 1. September verstarb
unser werter Kollege, der Schrift-
leiter
Otto Preß

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Notbrücke.

WINTERGARTEN
Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.

Sommerpreise
bis 15. September c.
A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung

Zuckerpreise steigen rapid
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Typographia.
Den Mitgliedern die tief-
betäubende Nachricht,
Otto Preß

Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“

Robert Stedl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballotenszene.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.

Zu vermieten:
Tischlerwerkstatt
in Berlin N.,
komplett eingerichtet

Möbel!
Solche schwere Tischlerarbeit, liefert diese Fabrik mit
großen Maschinenbetrieb ausnahmsweise und wegen

Daufigung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme und zahlreicher Kranzpenden
bei der Beerdigung meines lieben

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Eröffnungs-
Programm!

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquettes.
Püsch-Plüsch. Sattelfaschen.

Zur
Einsegnung
Anzüge
aus fein geripptem schwarz.
Kammgarn sowie aus halt-
barern Cheviot-

Dr. Simmel,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr:
15 erstklassige Nummern.

Welt - Ausstellungs-
Biograph - (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem

Industrie-Fest-Säle
Beuthstraße 20.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und
1000 Personen fassenden Säle zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten,

Max Wendt.
Inh. Max Wendt.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und
1000 Personen fassenden Säle zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten,

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger

Gustav
Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin - Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
Empfehl. viel Acorte u. Prof. grat. u. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg. Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger

Leihhaus
Berlin, Wallmerstr. 2
Charlottenburg, Friedrichsplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silber-
sachen u. Reibungshäuten etc.

Turmstr. 76. Lachmann & Scholz Ottostraße 1.
Warenhaus
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
Doppelte Rabattmarken
geben wir

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Die Verhandlungen der Parteikonferenz fanden am Sonntag im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses statt. Unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen trat der Gesangsverein „Norddeutsche Schleiße“ einige stimmungsvolle Lieder vor, die allgemeinen Beifall fanden.

Genosse Schubert-Verein eröffnete die Konferenz. Er ließ die Delegierten willkommen heißen, verwies auf die Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen und sprach die Erwartung aus, daß auch die diesmaligen Arbeiten der Konferenz zur Förderung der Partei beitragen mögen.

In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzende Zucht-Berlin, Schadow-Kottbus, als Schriftführer Schubert-Prignitz, Gehrman-Berlin.

Mit der Prüfung der Mandate betraute man eine Kommission, bestehend aus den Genossen Knoche, Gehrman, Thilo, Straßmann, Vittori.

Die vorgelegte Geschäftsordnung fand unveränderte Annahme. Zum

Bericht der Agitationskommission

erhielt der Referent Zucht-Berlin das Wort. Er besprach zunächst die Kassenverhältnisse, über die ein gedruckter Bericht Auskunft gibt, dem wir folgendes entnehmen: Einnahmen: Bestand am 12. Oktober 1905 294,71 M., vom Verband Groß-Berlin 18 997,80 M., für Kalender 1278 M., für Kalender-Zufuhr 1642,75 M., für „Fadel“ 1278,05 M., zusammen 21 456,91 M. — Ausgaben: Für den Kalender „Märkischer Landbote“ 7954,85 M., Broschüren, Flugblätter 11 488,91 M., „Die Fadel“ 4845,25 M., Agitation in der Provinz 4762,82 M., Referenten und Besichtigung von Kreis-Konferenzen 1895,40 M., Porto 42,25 M., Verschiedenes 15,20 M., zusammen 19 974,18 M. Es bleibt ein Bestand von 1482,78 M.

Der Redner führte unter anderem aus: Mit Rücksicht auf die Reorganisation der Gesamtpartei erstreckt sich der gegenwärtige Bericht nicht auf ein volles Jahr. Er läuft vom 12. Oktober 1905 bis 29. August 1906. Der Bericht umfasst also nur einen Zeitraum von 1/3 Jahr, während sich der vorjährige Bericht auf 1 1/2 Jahr erstreckte. Trotzdem zeigt der diesjährige Bericht einen größeren Umfang der Agitationsarbeit als der vorjährige, ebenso die Kassenverhältnisse.

Von Groß-Berlin hat die Kommission in diesem Jahre fast doppelt so viel Gelder bekommen wie im vorigen Jahre. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß seit der Zentralorganisation von Groß-Berlin alle Beiträge an die Kommission gehen, während vormals einzelne Berliner Kreise direkte Zuwendungen an verschiedene Provinzfreizeiten geschickt haben. Für dieses Jahr hat Groß-Berlin einen Betrag von 20 000 M. für die Agitation in der Provinz ausgeschrieben. Dazu kommen noch andere Einnahmen, so daß die Kommission im ganzen über etwa 20 000 M. verfügt. Damit werden die schwachen Kreise tatkräftig unterstützt und die Agitation gefördert werden können.

Die Korrespondenz der Kommission hatte folgenden Umfang: Eingegangen sind 247 Briefe, 408 Postkarten, ausgegangen 449 Briefe und 464 Postkarten.

Anlässlich der Wahlrechtsbewegung hat die Kommission eine lebhafte Agitation in der Provinz entfaltet. Am 21. Januar wurden 70 Referenten in die Provinz geschickt, die Zahl der Versammlungen dürfte fast doppelt so groß sein, da verschiedene Orte selbst Referenten gestellt haben. Am 18. März hat die Kommission 67, am 1. Mai 30 Referenten geschickt. An sonstigen Versammlungen sind 113 mit Referenten aus Berlin versorgt worden, wobei es sich in vielen Fällen um die Kandidaten der Kreise handelt.

Die Verbreitung der „Fadel“ hat einen größeren Umfang erreicht wie in den Vorjahren. Im Jahre 1904 wurden 165 600, im Jahre 1905 (1/3 Jahr) 271 500 und im Jahre 1906 (1/3 Jahr) ebenfalls 271 500 Exemplare der „Fadel“ verbreitet, dazu kommen noch 86 000 Exemplare, die im Juli und August verbreitet worden sind. — Die in dem Kottbuser Prozeß festgestellten Verhältnisse der Senftenberger Bergarbeiter hat die „Fadel“ als Agitationsmaterial benutzt und damit in den Bergarbeiterkreisen guten Erfolg gehabt. — Der Kalender „Märkischer Landbote“ ist im vorigen Jahre in 265 000, in diesem Jahre in 295 000 Exemplaren verbreitet worden. Im laufenden Jahre werden etwa 300 000 Exemplare gedruckt werden. — Der Kalender wird von der Landbevölkerung gern angenommen und gelesen, seine agitatorische Wirkung wird deshalb eine immer ausgeprägtere. Wegen die Verbreiter des Flugblattes zum 21. Januar ist die Polizei in einer Reihe von Fällen vorgegangen und sind Strafmandate und Beschlagnahmen erfolgt, gegen die gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. In den meisten Fällen sind die angeklagten Genossen jedoch vom Gericht freigesprochen worden.

Eine schon früher erhobene Klage ist auch jetzt wieder erhoben worden, nämlich die, daß die Partei wenig für die Agitation unter den Landarbeitern tue. Die Kommission hat eine Konferenz mit Vertretern des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter abgehalten, um Mittel und Wege zu suchen, wie die Landarbeiter-Agitation besser gefördert werden könne. Es ist ja schwer, unseren Ideen unter den Landarbeitern eine solche Verbreitung zu geben, wie wir es wünschen, aber es geht auch in dieser Hinsicht vorwärts, wenn auch der Erfolg noch nicht so ist, wie es gewünscht werden muß.

Ein Schmerzpunkt sei unsere Provinzpresse insofern, als wir mit der Verbreitung derselben nicht zufrieden sind. Wenn die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ zusammen nur 10 000 Abonnenten haben, so sei das eine wenig befriedigende Tatsache. Mit Rücksicht auf die geringe Verbreitung der beiden vorliegenden Parteiblätter hat die Kommission einen Antrag der neu-märkischen Genossen abgelehnt, welche für die neu-märkischen Kreise ein eigenes Preßorgan haben wollten. — Die Agitationskommission stimmt dem Vorschlag der Preßkommission der „Märkischen Volksstimme“ zu, welcher fordert, daß das Blatt von Juchacz nach Kottbus verlegt wird, weil es von dort aus schneller und besser verbreitet werden kann und dadurch den Klagen über verspätete Zustellung abgeholfen werden kann.

In verschiedenen Kreisen hat die Agitationskommission die Kandidatenfrage geregelt. Für die Ostprignitz ist Weno Naah aufgestellt, an Stelle des Genossen Silber-Schmidt, der von der Kandidatur in Bismarkau-Krossen zurücktrat, weil er in einem anderen Kreise kandidiert, ist Genosse Krause getreten. In Friedberg-Krossen, wo bisher Genosse Döblich kandidierte, ist Genosse Eugen Brückner aufgestellt. Westprignitz ist zur Zeit ohne Kandidaten; der bisherige Kandidat, Genosse Sehl, ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Die Kommission hat sich auch mit den Streitigkeiten in Juchacz beschäftigt. Was sich dort abgepielt hat, ist im Interesse der Partei tief zu bedauern. Die Meinungen der Genossen in Sorau-Juchacz sind derart, daß man sagen kann, dort sind die Personenfagen zum Nachteile der Parteiinteressen in den Vordergrund getreten. Dagegen muß entschieden Protest erhoben werden. Die Kommission hält es für angebracht, nachdrücklich zu betonen, daß solche Dinge, wie sie sich in Sorau-Juchacz zugetragen haben, nicht wieder vorkommen dürfen.

Die Kommission hat sich bemüht, eine Statistik über die Ausbreitung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation in der Provinz aufzustellen, das ist aber nicht in wünschenswertem Maße gelungen, weil kein vollständiges Material zu erlangen war. Soweit festgestellt werden konnte, zählen die politischen Organisationen in der Provinz rund 16 000 Mitglieder. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten dürfte dagegen das Fehlfache der politischen Organisierten betragen. In Schwidbus ist von 103 gewerkschaftlich organisierten Maurern nicht einer politisch organisiert.

Keinliche Verhältnisse sind auch aus anderen Orten bekannt geworden. Es muß dafür eingetreten werden, daß die hauptgewerblichen Arbeiter, welche in der Provinz wohnen und in Berlin beschäftigt sind und sich hier als gute Parteigenossen ausgeben, ihr partei-gemäßes Gefühl auch in ihren Heimorten betätigen und dort für die Partei wirken. Wer in Berlin arbeitet, ist doch in seinem Heimort wirtschaftlich so unabhängig, daß er dort, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, für die Partei eintreten kann.

Der von der vorjährigen Parteikonferenz angenommene Antrag, wonach aus den Wahlkreisen halbjährlich Berichte an die Kommission gefandt werden sollen, ist leider nicht ausgeführt worden. Es muß darauf gehalten werden, daß in Zukunft diesem Antrage gemäß gehandelt wird.

In der Beschaffung von Versammlungsräumen müssen die Genossen in vielen Orten der Provinz immer noch einen lebhaften Kampf führen. Polizeiliche Maßregeln gegen die Wirte, welche uns ihre Lokale überlassen, sind keine Seltenheit. In Strahburg (L.-M.) hat die Polizei einen jahrelangen Kampf gegen einen Wirt geführt, der mit der Konzessionentziehung endete, so daß der betreffende Wirt existenzlos geworden ist. In Gützbeke haben sich die Parteigenossen selbst ein Vereinshaus gebaut, die Polizei schreitet nun dagegen ein, daß in dem Vereinshaus Getränke zu haben sind. Wegen das Vorgehen der Polizei ist der Klageweg beschritten. — Die Lokalliste erstreckt sich jetzt auf die ganze Provinz, was besonders wertvoll ist für die Radfahrer, die weite Touren machen, und die, wie es auch schon gesehen ist, die von unseren Gegnern skatanierten Wirte unterstützen können, indem sie bei ihren Touren nur bei diesen Wirten einkehren. Auch für die Erlangung von Lokalen könnte es dienen, wenn die Radfahrer bei Gesellschaftstouren ihre Einkehr bei einem Wirte davon abhängig machen, daß er seinen Saal zu Versammlungen hergibt und daß sie bei Verweigerung dieser Förderung weiterziehen ohne einzulehnen.

Das Organisationsstatut für die Provinz steht heute als besonderer Punkt auf der Tagesordnung. Hoffentlich gelingt es uns, der Organisation in der Provinz ein festes Gefüge zu geben, damit wir unsere Parteiarbeiten noch erfolgreicher als bisher betreiben können.

Die Diskussion wird eröffnet. Weno Naah-Verein verweist auf das vom Referenten erwähnte Mißverhältnis in den Zahlen der politischen und gewerkschaftlich organisierten. Die Maurer seien noch am ehesten in der Lage, für die Ausbreitung der politischen Organisation etwas zu tun. Von dieser Ansicht ausgehend, hätten sich Parteigenossen von Berlin aus an die Filiale des Maurerverbandes in einem Provinzorte gewandt. Eine Besprechung habe stattgefunden, um die betreffenden Maurer für die Unterstützung bei der Gründung eines Wahlvereins zu gewinnen. Danach habe ein Mitglied der Maurerfiliale in einem Briefe an einen der Genossen geschrieben, der Vorsitzende des Zweigvereins der Maurer habe erklärt: Unsere Mitglieder wollen von einem Wahlverein nichts wissen. So sei denn auch die Unterstützung durch die Maurer ausgeblieben. Diese Tatsache sei wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft. In einem Kreise, der eine Domäne des Zukunfts ist, müsse man doch von den Gewerkschaften erwarten, daß sie die Partei unterstützen.

Sydow-Brandenburg fragt an, ob die Agitationskommission Mittel bewilligt habe, damit Provinzkreise Delegierte zum Parteitag senden können. Kreise, welche keine eigenen Mittel dazu haben, schicken diesmal einen bis zwei Delegierte nach Mauthausen, und zwar seien es Berliner, die mit dem Mandat betraut werden. Wenn die Kommission Mittel für die Parteitagdelegation gebe, dann solle auch darauf gehalten werden, daß Genossen aus den betreffenden Kreisen nach dem Parteitag geschickt werden. Die Unterstützung durch die Kommission sei an sich zu billigen, doch sei dagegen Einspruch zu erheben, daß die Mandate von den Berlinern mit Beschlag belegt werden. Uebrigens habe sich doch Genosse Wels aus dem Dresdener Parteitag scharf dagegen ausgesprochen, daß Genosse Bernhard, um auf den Parteitag zu kommen, sich ein Mandat aus einem Provinz-kreise geholt habe.

Schmidt-Sonnenburg: Die Partei habe sich der Landarbeiter mehr annähmen müssen, leider habe sie das jetzt der Gewerkschaft überlassen. Was der Verbandstag der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter hinsichtlich der Landarbeiterorganisation beschloßen hat, das sei ein Lobding. Die Partei kenne die Lage der Landarbeiter besser, sie sei deshalb in erster Linie berufen, die Landarbeiter zu organisieren. Jeder Landarbeiter, der agitatorisch tätig sei, würde gemohregelt. Woher wolle die Gewerkschaft die Mittel nehmen, dieselben zu unterstützen. An regelmäßige Beitragszahlung sei in Rücksicht auf die wechselnde Arbeit und den daraus sich ergebenden häufigen Ortswechsel nicht zu denken. Die Partei müsse die Organisation der Landarbeiter in die Hand nehmen. Es müsse so gehandelt werden, daß die Partei solche Landarbeiter, die sich in der Agitation bewährt haben, in kleinen Orten festhaft macht, damit sie von dort aus ihre Tätigkeit entfalten können, ohne daß die Gegner die Möglichkeit haben, den Agitator durch Maßregelung zu entfernen, wodurch alle Arbeit und die für die Agitation aufgewandten Gelder nutzlos gemacht würden.

Peus: Es sei ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften gegen die Partei Stimmung machen, wie Naah es hingestellt habe. Unsere Gegner sagen zwar, Partei und Gewerkschaften seien eins, aber sie machen doch einen Unterschied und behandeln die Gewerkschaften nicht so abweisend wie sie die politische Organisation behandeln. So belächeln die Gewerkschaften eher einen Versammlungssaal wie die Partei. Wenn nun in einem Orte, wo solche Verhältnisse herrschen, eine Parteiorganisation gegründet werden solle, und die Gewerkschaften fürchten, wenn sie sich an derselben beteiligen, daß sie verlieren, was sie erlangt haben, so dürfe man solche Vor-sicht nicht als Feindschaft gegen die Partei auslegen. Die Partei müsse sich darüber klar sein, daß sie das was sie will, aus eigener Kraft tun muß. Die Partei werde erst dann besser vorwärts kommen, wenn sie berufsmäßige Agitatoren, Parteifunktionäre anstelle und wenn sie das in dem Maße tun könne, wie die Kirche Pfaffen anstellt. Die Mittel seien vorhanden, um in allen Kreisen der Provinz Parteifunktionäre anzustellen. Was dafür ausgegeben werde, das komme durch die fruchtbringende Tätigkeit der Parteifunktionäre wieder ein.

Wels-Berlin: Die Ausführungen von Peus seien an sich zutreffend, es lasse sich nichts dagegen sagen, aber sie seien in der Hauptache futuristisch. Für die Tätigkeit von Parteifunktionären bedürfe der Boden erst langsam vorbereitet werden. Im ersten Stadium der Agitation sei die unbezahlte Arbeit der Genossen die am besten angebrachte. Nachdem so vorgearbeitet worden sei, komme die Zeit, wo die Anstellung eines Parteifunktionärs erforderlich ist. Wir werden auch in der Provinz zur Anstellung von Parteifunktionären kommen, jetzt sei dieselbe aber noch verfrüht. — Die politische Organisation sei leider in der Provinz weit schwächer wie die gewerkschaftliche. Der Wahlverein in Oderberg zählte nur 16 Mitglieder, gewerkschaftlich organisiert seien dagegen 400. Die Genossen legen sich mehr auf die gewerkschaftliche Arbeit und glauben oft, sie hätten damit auch als Parteigenossen ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die Arbeiter der Gewerkschaft zuführen. Das sei ein Zustand, der der Aenderung bedürfte. Es müsse mehr für die Ausbreitung der Partei getan werden. Besonders sei zu fordern, daß die in Berlin tätigen Bauarbeiter in ihren Heimorten für die Partei arbeiten. — Bei der Frage, ob die Kommission Mittel für Delegationen zum Parteitag bewillige, habe Sidow auch ge-sagt, Redner habe sich doch auf dem Dresdener Parteitag in bezug auf das Mandat Bernhards geäußert, erklärt, daß sich Berliner ein Mandat aus der Provinz holen. — Hierzu müsse er, Redner, sagen, mit dem Mandat Bernhards liege es doch ganz anders wie mit den hier in Rede stehenden Mandaten von Berliner Genossen.

Bernhard habe sein Mandat nicht durch eine Wahl erhalten, sondern er habe als Mandat einen mit sieben Namen unterschriebenen Zettel vorgelesen. Gegen diese Art, durch Vetternwirtschaft und Freundschaft Mandate zu erhalten, habe sich Redner in Dresden als Mitglied der Mandatsprüfungskommission gewandt. Bei den Delegationen aus der Provinz, von denen Sidow gesprochen habe, handle es sich in den meisten Fällen um diejenigen Genossen, welche die betreffenden Kreise agitatorisch bearbeitet und die Verhältnisse der Kreise genau kennen. Sie seien von den Genossen der betreffenden Kreise gewählt worden, also könne man gegen die Wahl nichts sagen. Genosse Zucht habe als Vorsitzender der Kommission deshalb ein Delegiertenmandat erhalten, damit er in der Lage sei, den Standpunkt der Kommission zu vertreten, wenn die hiesigen Angriffe, welche die Frankfurter „Volksstimme“ gegen den juristischen Beirat der Kommission gerichtet hat, auf dem Parteitage zur Sprache kommen. Die Frage, ob die Kommission Delegationskosten zahle, sei dahin zu be-antworten, daß die Kommission allerdings der Meinung sei, sie müsse diejenigen Kreise unterstützen, die über eine nennens-werte Zahl von Parteigenossen verfügen und deshalb wohl einen Anspruch auf Vertretung, aber nicht die Mittel zur Vertretung der Kosten haben. Wenn die Kreise dann wählen, daß sie ihre Sache, darüber habe die Konferenz nicht zu entscheiden.

Schloß-Elmen kritisiert die Redaktionsführung der „Fadel“. Der Inhalt des Blattes eigne sich wohl für die Genossen, welche in der Agitation tätig sind, aber nicht für die Leser, für welche das Blatt bestimmt ist. Es müßten kurze, leicht verständliche Artikel gebracht werden.

Die Diskussion des Geschäftsberichts wurde nunmehr unterbrochen durch den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

den Vittori-Berlin erstattete: Anwesend sind 75 Delegierte, und zwar 24 aus Groß-Berlin, 51 aus der Provinz, ferner 11 Mit-glieder der Agitationskommission, 16 Reichstagsabgeordnete und Kandidaten, 4 Vertreterinnen der Frauen und 5 Vertreter der Partei-pressen. — Gegen die drei Delegierten des Kreises Sorau-Juchacz ist ein Protest eingegangen, derselbe stützt sich darauf, daß als Folge der leidgehen Zustände im Kreise dem Zentralvorstande des Kreiswahlvereins auf der Generalversammlung das Stimmrecht ab-erkannt worden ist, was gegen das Statut des Kreises verstößt. Der Zentralvorstand habe darauf die Generalversammlung verlassen. Die Delegiertenwahl sei durch diese Vorgänge statutenwidrig zu stande gekommen. Die Kommission hält deshalb den Protest für begründet und beantragt, daß die drei Mandate aus Sorau-Juchacz nicht an-erkannt werden.

Ueber diese Angelegenheit entspann sich eine längere Debatte. Das Verhalten der Mehrheit der Sorau-Juchacz Generalversamm-lung wurde fast allgemein als unstatthaft und der Protest als be-gründet erachtet, damit aber der Kreis nicht ohne Vertretung sei, beschloß die Konferenz, die Delegierten von Sorau-Juchacz anzu-erkennen.

Nunmehr trat eine Mittagspause ein. Nach Beendigung derselben wurde die Diskussion über den Bericht der Agitationskommission fortgesetzt.

Faber-Frankfurt sprach über die Lokalfrage. Er empfahl strenge Beachtung der Lokalliste und trat dafür ein, daß regelmäßige Berichte über die Situation in den Kreisen der Agitationskommission eingehandt werden.

Schadow-Kottbus verwies auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Landarbeitern. Von den 80 Dörfern des Kreises gebe es 50, mit denen unsere Parteigenossen ständige Verbindung haben. In jedem dieser Dörfer sei ein Vertrauensmann, der Bericht über die Verhältnisse im Dorfe gibt und für unsere Partei arbeitet. Eine feste Organisation der Landarbeiter werde wohl schwerlich zustande kommen.

Eugen Brückner-Berlin: Peus habe das Richtige ge-troffen, wenn er für die Anstellung von Parteifunktionären eintrat. Die Gewerkschaften seien durch die Anstellung von besoldeten Beamten bedeutend vorwärts gekommen. Derselbe Erfolg würde sich auch für die Partei zeigen, wenn sie mit der Anstellung von Sekretären voringe. Sechs Provinzkreise wären in der Lage, Parteifunktionäre anzustellen. Wenn diese Kreise den Anfang machen, werde sich der Erfolg dieser Einrichtung zeigen; sie könnte die Agitation in den benachbarten Kreisen unterstützen, die Kosten würden durch den Erfolg reichlich belohnt werden. Notwendig sei es, daß die politische Bewegung auch von gewerkschaftlicher Seite unterstützt werde. Die Gausleiter der Gewerkschaften müßten erucht werden, bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit auch auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hinzuweisen.

Kraße-Maun: Wir versprechen uns nicht viel von der Anstellung von Parteifunktionären. Was die Beteiligung der Gewerkschaftler an der politischen Tätigkeit betrifft, so sagen viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter deshalb Partei und Gewerkschaft ist eins, damit sie sich der Parteiarbeit entziehen können. Wenn dagegen gesprochen wurde, daß Berliner Genossen in Provinz-kreisen als Delegierte zum Parteitag gewählt wurden, so meine er, warum solle man denn Abneigung gegen die Berliner be-standen, wenn sie gut sind. Die betreffenden Berliner seien lediglich deshalb als Delegierte gewählt, weil sie in den Kreisen tätig sind.

Kieser-Berlin: Parteifunktionäre könnten erst dann eine nüt-zbringende Tätigkeit entfalten, wenn durch freiwillige Arbeit das Feld vorbereitet sei. Wo die Organisationsarbeit erst ihren Anfang nimmt, da werde sie von den Gegnern und der Polizei mit allen möglichen Mitteln zu unterdrücken versucht, und da könne auch der Parteifunktionär nichts machen.

Wösl-Birsdorf: Die Klagen über die Wahlen von Berlinern als Parteitagdelegierte der Provinzkreise würden dadurch als un-begründet erwiesen, daß unter den 40 Delegierten aus der Provinz 19 Reichstagskandidaten sind, die doch sicher mit Rücksicht auf ihre Tätigkeit im Kreise gewählt wurden. — Die von Peus befürwortete Anstellung von Parteifunktionären werde sich nicht so leicht betreiben lassen. Weiter betonte der Redner, daß die Gewerkschaften die politische Tätigkeit unterstützen müßten. Im Kreise Teltow-Beeskow gebe es viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, aber an der Unterstützung der politischen Bewegung ließen sie es fehlen. Natürlich hätten ja auch die Gewerkschaften in der Provinz viel mit Schwierigkeiten, polizeulichen Maßregeln und dergleichen zu kämpfen. Infolgedessen wagen sie es mitunter nicht, eine ge-werkschaftliche Zählstelle zu gründen, geschweige denn die Partei zu unterstützen. Das müsse aber gefordert werden: Wo die Gewerkschaften Versammlungshäuser haben, da müßten sie auch dafür sorgen, daß die Partei den Saal erhält.

Winsinger-Ratzenow: Die Klagen über mangelnde Unterstützung der Partei durch die Gewerkschaften seien unbegründet. Durch die Gewerkschaften werde die Partei bereits nach Möglichkeit unterstützt. Besonders treffe das zu für die Maurer. Der Redner beschwor die Anstellung von Parteifunktionären und sprach dann über die Frage der Parteitagdelegation. Wenn vier Berliner ein-mal in einem Kreis kommen, um denselben für eine Delegiertenwahl zu beeinflussen, das könne doch nicht gebilligt werden. Es müsse dagegen Front gemacht werden, daß Berliner delegiert werden, die nicht im Kreise tätig sind.

Gehrman-Maun, der ebenfalls über diese An-gelegenheit sprach, sagte, es solle vorgekommen sein, daß die Agitationskommission ihre Unterstützung nur für den Fall in Aus-sicht stellte, daß ein Berliner gewählt wird. (Rufe: Wo denn? Weineise!)

Peus: Er wunderte sich, daß seine Empfehlung der An-stellung von Parteifunktionären allzu ernsthaft genommen werde. Er habe sie momentan ernsthaft nicht gemeint, sondern mehr für die Zukunft empfohlen. Er siehe auf dem Standpunkt: Wie der Staat

sich in der Hauptsache auf das feste Gefüge seiner Bürokratie stützt, so müsse auch unsere Partei sich eine Bürokratie schaffen, denn nur so sei die weitere Entwicklung der Partei gewährleistet.

Gehrmann-Berlin: Edermann solle keine Behauptung, die Agitationskommission unterstütze Parteitag delegationen nur unter der Bedingung, daß Berliner gewählt werden, benehmen. Solche Fälle seien nicht vorgekommen. Die Kommission habe immer auf dem Standpunkt gestanden, die tätigen Genossen aus den Kreisen zu delegieren. Wenn Berliner gewählt werden, so geschähe das nur deshalb, weil die Genossen in den Kreisen wissen, daß die von ihnen Gewählten in dem Kreise arbeiten und die Verhältnisse desselben kennen.

Ritter-Berlin trat für das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft ein.

Ein Schlusstrat wurde hierauf angenommen.

Zu 4 ging in seinem Schlußwort auf Äußerungen der Diskussion über ein. Er betonte, daß die Gewerkschaft die Partei unterstützen müßten. Aus den Vorkäufen in Breslau und Nürnberg könnten doch die Gewerkschaften lernen, daß nur durch politische Tätigkeit freie Bahn für die gewerkschaftliche Arbeit geschaffen werden könne. Darum dürfen die Gewerkschaften nicht isoliert gehen, sie müssen vielmehr mit der Partei gehen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden folgende Anträge angenommen:

Jeder Wahlkreis ist verpflichtet, alljährlich zur Parteikonferenz rechtzeitig der Agitationskommission eine Statistik einzureichen, die sich zu erstrecken hat auf:

1. Die Zahl der im Kreise ansässigen Gewerkschaftsmitglieder.
2. Die Zahl der hiervon politisch Organisierten.
3. Die Zahl der Abonnenen der Parteipresse.

Resolution.

Die Parteikonferenz entnimmt aus der Diskussion über den Geschäftsbericht der Agitationskommission, daß eine Anzahl von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in der Provinz bei der Gründung von politischen Organisationen nicht die nötige Unterstützung genießen.

Die Konferenz richtet daher an die Gauleiter der gewerkschaftlichen Organisationen das Ersuchen, bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit auch auf die der Partei hinzuwirken, wie auch ihre Mitglieder auf die Pflicht der politischen Organisation aufmerksam zu machen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet:

Das Organisationsstatut der Provinz Brandenburg.

Hierzu liegt ein Entwurf vor, der von einer aus Genossen Groß-Berlins bestehenden Kommission aufgestellt ist und bereits die Zustimmung der Vertreter der meisten Provinzkreise gefunden hat. Dieser Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Statut

des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg.

§ 1.

Die 18 Kreise der Provinz Brandenburg schließen sich zu einem Verband zusammen, welcher den Namen „Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ führt.

§ 2.

Aufgabe des Verbandes ist die Förderung aller gemeinsamen Parteinteressen der 18 Wahlkreise, und zwar durch Vorbereitung aller Wahlen und Aktionen, an denen die Partei beteiligt ist. Veranstaltung von Versammlungen und Herausgabe von Flugblättern, die gemeinsamen Parteinteressen dienen.

Kontrolle der drei Parteiblätter: „Märkische Volkstimme“, „Brandenburger Zeitung“ und „Fackel“ durch je eine Preschkommission.

§ 3.

Der Vorstand wird alljährlich gewählt und setzt sich zusammen:

1. aus den Delegierten der Wahlkreise, wozu jeder Kreis einen Genossen zu entsenden hat;
2. je einem Mitglieder der Preschkommissionen;
3. aus der Agitationskommission, welche von Groß-Berlin gewählt wird und aus 11 Personen inklusive des juristischen Beirats besteht.

§ 4.

Der Vorstand wählt einen geschäftsführenden Ausschuß, welcher gemeinsam mit der Agitationskommission die Geschäfte leitet und monatlich mindestens einmal tagt.

§ 5.

Für die „Brandenburger Zeitung“ sowie für die „Märkische Volkstimme“ wählen die in Betracht kommenden Kreise je eine Preschkommission, welchen außerdem ein Mitglied der Agitationskommission angehört.

Für die „Fackel“ fungiert die Agitationskommission als Preschkommission.

§ 6.

Die Verbände der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend und der Provinz Brandenburg bilden ein Kartellverhältnis auf folgender Grundlage: Gemeinsame Aktion bei Reichstags-, Landtagswahlen, Flugblattmassenverbreitungen, Landesdemonstrationen, Protesten und Petitionen, gemeinsame Beratung und Beschlußfassung über außerordentliche Parteiunternehmungen, wie Zeitungsgründungen und anderes mehr.

§ 7.

Alljährlich vor dem deutschen Parteitag findet eine Provinzialparteikonferenz statt, zu der jeder Zentralwahlverein bis 3 Delegierte entsenden kann, außerdem haben Sitz und Stimme der geschäftsführende Ausschuß der Provinz Brandenburg, die Agitationskommission, der Aktionsausschuß Berlin, je ein Vertreter der „Brandenburger Zeitung“ und der „Märkischen Volkstimme“, sowie Abgeordnete und Kandidaten der Kreise.

§ 8.

Aufgaben der Provinzialparteikonferenz sind: Entgegennahme des Jahresberichts der Agitationskommission und Preschkommission. Beschlußfassung über Parteifragen und gemeinsame Aktionen.

§ 9.

Die Parteigeschäfte in den Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbstständig geregelt, wo es nicht möglich ist, mit Hilfe der Agitationskommission.

§ 10.

Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Ortes in seinem zuständigen Kreise anzuschließen.

§ 11.

Über alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes hat der Vorstand das Recht der Kontrolle.

§ 12.

Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Juli und endigt mit dem 31. Juni.

Alljährlich haben die Kreiswahlvereine, außer dem laut Statut der Gesamtpartei an den Parteivorstand zu liefernden Bericht, auch einen solchen dem geschäftsführenden Ausschuß zu übersenden.

§ 13.

Anträge auf Veränderung dieses Statuts sind mindestens 8 Wochen vor der Provinzialparteikonferenz an den Verbandsvorstand einzureichen.

Frehthaler-Berlin hatte das Referat zu diesem Punkt. Er teilte zunächst mit, wie die Kommission, welche den Entwurf beraten hat, auf Grund des Beschlusses der vorjährigen Parteikonferenz zustande gekommen ist. Wegen des vorliegenden Entwurfes sind in der Presse Angriffe gegen Stadthagen und Andrich gerichtet worden, die aber ganz unbegründet sind, denn diese beiden Genossen gehörten der Statutenkommission gar nicht an und hatten keinen Einfluß auf die Beschlüsse derselben. Hinsichtlich der Form, welche der neuen Organisation gegeben werden sollte,

hat die Kommission drei Fragen vorgelegt: 1. Den Zusammenschluß der 18 Provinzkreise und der 8 Groß-Berliner Kreise zu einer einheitlichen Organisation. 2. Die Bildung von drei Unterbezirken: Regierungsbezirk Frankfurt, Regierungsbezirk Potsdam, Groß-Berlin und Zusammenfassung der drei selbständigen Unterbezirke zu einem Provinzialverband. 3. Zusammenschluß der 18 Provinzkreise, ohne Trennung nach Regierungsbezirken, zu einer Provinzialorganisation, die mit Groß-Berlin in ein Kartellverhältnis zu treten hat. — Bei der Prüfung dieser Fragen ging die Kommission von der Tatsache aus, daß in den wirtschaftlichen Verhältnissen eine so große Verschiedenheit zwischen den Landkreisen und den Berliner Kreisen besteht, daß sie eine durchaus verschiedene Behandlung in der agitatorischen Bearbeitung erfordern, und deshalb kam die Kommission zu der Ansicht, daß sich ein Zusammenschluß der Provinzkreise mit Berlin nicht empfehle. Man kann dann zu der Frage, ob Ausnahmebestimmungen für die acht Kreise Groß-Berlins aufgenommen werden sollen. Die Kommission meinte aber, durch Ausnahmebestimmungen werde die Einheitlichkeit der Organisation durchbrochen. Ausschlaggebend für die einstimmige Ablehnung der jetztigen von Ausnahmebestimmungen war aber der Umstand, daß dadurch Berlin ein ausschlaggebendes Übergewicht in der Organisation erhalten hätte. Wegen den zweiten Vorschlag, Schaffung von drei Unterbezirken, sprach der Umstand, daß dadurch Rivalitäten zwischen den einzelnen Bezirken entstehen würden, und daß diese Form der Organisation zu schwerfällig arbeiten würde. Man blieb der dritte Vorschlag übrig, wonach die 18 Landkreise der Provinz zu einer Provinzialorganisation zusammengefaßt werden, die mit dem Verbands Groß-Berlin ein Kartellverhältnis eingeht. Diese Form der Organisation hält die Kommission für die richtige und auf dieser Grundlage ist der Entwurf ausgearbeitet. Dieser Entwurf ist den Vertretern der Provinz in einer Konferenz am 1. April unterbreitet worden. Anträge aus der Provinz waren trotz Aufforderung der Agitationskommission nicht eingegangen. Nachdem die Teilnehmer der Konferenz in ihren Kreisen Bericht erstattet hatten, fand eine nochmalige Konferenz statt und hier erklärten sich die Provinzvertreter mit wenigen Ausnahmen für den Entwurf Groß-Berlins. Wenn der Entwurf auch heute hier angenommen wird, so ist der Organisation der Provinz eine neue Form gegeben, die, wenn sie mit sozialdemokratischem Geist erfüllt wird, zur Förderung der Partei erheblich beitragen wird. Das Statut gebe die Gewähr einer gleichmäßigen Behandlung der Landkreise. Als Band zwischen Berlin und den 18 Provinzkreisen ist die Agitationskommission gedacht. Die Einheit und Selbstständigkeit des Kreises, wie sie durch das Organisationsstatut der Gesamtpartei vorgeschrieben ist, wird durch das Statut für Brandenburg in keiner Weise beeinträchtigt. So ist es auch bisher schon gehalten worden. Sobald ein Kreis ein gewisses Maß von Selbstständigkeit erlangt hat, hat die Kommission nicht mehr eingegriffen. Aber solcher Kreise, die ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig besorgen können, gibt es in der Provinz erst zwei bis drei. Es ist gesagt worden, mit Rücksicht auf den Geldstand hätten sich die Berliner auch bei der Neuorganisation eine ausschlaggebende Stellung gesichert. Die Geldangelegenheiten sind für die Berliner Genossen nicht in Frage gekommen, sie stehen vielmehr seit jeher auf dem Standpunkt, daß sie das, was bei ihnen im Ueberschuß vorhanden ist, gern denen geben, die davon weniger haben, und zwar ohne Ankauferei und auch ohne Annäherung gegenüber den unterstützten Kreisen. Wegen den Statutenentwurf ist auch eingewandt worden, er sei so gefaltet, daß den Berlinern die Majorisierung der Provinz gesichert sei. Wer den Entwurf gelesen hat, muß sagen, daß von einer Majorisierung durch Berlin keine Rede sein kann, oder er müßte sich denn durch gewisse unqualifizierbare Angriffe einzelner Parteiblätter beeinflussen lassen. Wenn wir jetzt über den vorliegenden Entwurf diskutieren, so bitte ich, sich nicht leiten zu lassen von solchen unbegründeten Einwürfen, sondern nur die tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Sidow-Brandenburg begründete einen Entwurf des Kreisverbandes Brandenburg-Wehhovelland, der von dem vom Referenten empfohlenen wesentlich abweicht. Der Brandenburger Entwurf will eine Provinzialorganisation mit Einschluß des Verbandes Groß-Berlin; er sieht einen aus 15 Mitgliedern bestehenden Vorstand vor. Zur Wahl des Vorstandes soll jeder Kreis einen Delegierten entsenden, Groß-Berlin soll durch 18 vom Aktionsausschuß zu bestimmende Mitglieder vertreten sein. — Zur Begründung dieses Entwurfes führte der Redner aus, derselbe sei deshalb eingebracht, weil der Berliner Entwurf tatsächlich eine Unterordnung der Provinz unter Berlin festlegen wolle. Berlin erhalte durch den Entwurf eine Sonderstellung. Dagegen müsse Einspruch erhoben werden, denn die Schaffung einer Sonderstellung Berlins diene nicht den Interessen der Partei. Natürlich seien die Verhältnisse der Kreise verschieden. Aber wenn Berlin günstig gestellt sei wie die Provinz, so sei doch das nicht das Verdienst der Berliner Genossen, sondern eine Folge der Verhältnisse. Wir in der Provinz wollen auch Einfluß haben auf die Zusammensetzung der Agitationskommission, die ja nach dem Kommissionsentwurf die endgültige Entscheidung hat und nur von den Berliner Genossen allein gewählt wird. Ein Vorstand von 32 Personen, wie ihn der Berliner Entwurf vorsieht, arbeitet viel zu schwerfällig, auch ist seine Zusammensetzung derart, daß Berlin den ausschlaggebenden Einfluß hat. Dagegen müssen wir in der Provinz Einspruch erheben und deshalb haben wir unseren Entwurf eingebracht.

Fieser-Spandau und **Edermann-Rathenow** sprachen gleichfalls gegen den Berliner Entwurf. Derselbe habe wenig Demokratisches, er sei ein Kind des Partikularismus und könne deshalb nicht gebilligt werden.

Nach einem Schlußwort des Referenten erfolgte die Abstimmung. Zu dem vom Referenten vertretenen Berliner Entwurf lagen Änderungsanträge Sorau-Worst und Potsdam-Spandau-Wehhovelland vor. Diese Anträge wurden sämtlich abgelehnt und dann der Berliner Entwurf gegen 11 Stimmen, die für den Entwurf von Brandenburg-Wehhovelland abgegeben wurden, angenommen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen, wurde der vorgerückten Zeit wegen abgeseht. Da sonstige Anträge nicht vorlagen, waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Genosse **Zucht** sprach die Erwartung aus, daß das neue Statut der Provinzorganisation ein festes Rückgrat sein werde und daß auf der nächsten Konferenz von dem Erfolge der Zentralisation berichtet werden können. Zucht schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie, in das die Teilnehmer begeistert einstimmten.

Soziales.

Ueber Lohnverhältnisse darf nicht gesprochen werden!

Vor mehreren Wochen wollte die Firma **Esch u. Stein** in Duisburg ihre Arbeiter mit einer Lohnreduzierung in der stattdessen Höhe von 20 Proz. beglücken. Daß dies Vorhaben auch den Gleichgültigsten unter der betroffenen Arbeiterklasse unpopulär wurde, ist selbstverständlich. Um sich über die einzuschlagende Wege verständigen zu können, wurde eine Werksratbeisprechung anberaumt, an der etwa 80 Personen teilnahmen. Diese Zusammenkunft, die selbstredend nicht angemeldet wurde, steht die „Hochwohlblüde“ in Duisburg als einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz an. Fünf Strafmandate in Höhe von je 15 M. sollten die Sühne bilden. Gegen die Strafbefehle wurde Einspruch erhoben. Am 29. August fand hierherhalb Termin vor dem Schöffengericht statt. Zeugen für den angeblichen Verstoß gegen das Vereinsgesetz waren nicht vorhanden. Der einzige Zeuge, ein Polizei-Sergeant, konnte nur behaupten, daß er erst nachträglich auf Veranlassung der Firma Esch u. Stein die Namen der Angeklagten als Redner und Leiter der „Versammlung“ festgestellt habe. Nun sollte man meinen, es wäre ohne weiteres ein Freispruch erfolgt. Doch

weit gefehlt! Das Duisburger Schöffengericht bestätigte vielmehr die polizeilichen Strafmandate mit der Begründung, daß die Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an sich eine „öffentliche Angelegenheit“ sei, ganz gleich, ob es sich dabei um einen bestimmten Betrieb handle oder nicht!

Unendlich häufig ist von anderen Gerichten entschieden und mußte dem Gesetz entsprechend entschieden werden, daß Versämlungsveranstaltungen nicht anmeldepflichtig sind, weil sie keine öffentlichen Angelegenheiten darstellen. Hat das Duisburger Gericht jetzt anders entschieden, so bestätigt seine irrtümliche Entscheidung so recht, daß die Klassenjustiz unbewußt von dem Gedanken geleitet wird, alles, was die Lage eines oder einiger Arbeiter zu verbessern geeignet sein könnte, müsse polizeilich und sonstigen staatlichen Einschüchterungen unterworfen sein. Wäre die Auffassung des Duisburger Gerichts so richtig wie sie grundfalsch ist, so müßte konsequent auch gefordert werden, Unterhaltungen des Chefs im Kontor über Höhe der Löhne, Höhe des Gewinnes, die Arbeits- und Lohnverhältnisse in seinem Betriebe als „öffentliche Angelegenheiten“ zu betrachten und dementsprechend jede solche Kontorunterhaltung polizeilich überwachen zu lassen.

Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten.

In der am 31. August und 1. September in Kreuznach abgehaltenen Hauptversammlung des Zentralverbandes der preussischen Gemeindebeamten sprach Abgeordneter **Dr. Scholz-Weissenbach** über Gemeindebeamtenrecht. Er befragte, ob er nicht in allen Punkten mit dem Standpunkt der Mehrheit der Gemeindebeamten übereinstimmen werde. Durch das Kommunalbeamtenrecht sei nicht die ganze Materie des Gemeindebeamtenrechts geordnet worden, sondern man habe nur einige wenige Punkte herausgegriffen. Also man habe nicht den nackten Körper des Gemeindebeamten mit einem ganzen Anzug bekleidet, sondern man habe auf eine durchlöcherne Hose einen Fladen gelegt. (Heiterkeit.) Das Gesetz sollte die dringendste Notlage der Gemeindebeamten beseitigen und war auf einen speziellen Fall zugeschnitten, auf den bekannten Fall Wahllich in Berlin. Das Gesetz regelt z. B. nicht die Verhältnisse der Provinzialbeamten, der Ehrenbeamten u. a. m., es läßt Bestimmungen vermissen über die Disziplinarverhältnisse, die Anstellung und Befähigung der Beamten. Vor allem vermisst man eine lobförmige Grundlage für die Rechte und Pflichten der Beamten. In Preußen liegen die Dinge heute noch so, daß die Regelung nach dem allgemeinen Landrecht erfolgt. Ohne Regelung bleibt auch das Kapitel Rang und Titel der Gemeindebeamten, ein Thema, das in den Kreisen der Gemeindebeamten mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet wird. In Bezug auf Rang steht es bei allen Gemeindebeamten sehr dürftig. Einen Rang haben wohl von allen Gemeindebeamten nur die Oberbürgermeister von Berlin. Wir anderen können von Hoffähigkeit nicht reden, es sei denn, daß der eine oder andere im Leben mit Leutnant der Reserve ist. (Heiterkeit.) In der Beilegung von Titeln sind die Gemeinden zwar autonom, aber auch mit der neuerdings zutage getretenen Einschränkung, daß solche Titel nicht Anlaß zu Verwechselungen mit Staatstiteln geben dürfen. Das zeigte sich ja, als die Stadt Berlin den Titel Magistratsrat den älteren Magistratsassessoren beilegen wollte. Die Befoldungsfrage hat im Gesetz nur eine negative Regelung gefunden. Demgemäß zeigten sich in den Kreisen der Beamten bald Bestrebungen auf Abänderung der bestehenden Bestimmungen. Diese Wünsche richteten sich insbesondere auf drei Punkte. Zunächst wenden sie sich gegen § 1, der die Frage offen läßt, wenn eine Anstellungsurkunde auszustellen und wer demgemäß als Beamter im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes anzusehen sei. Diese Lücke ist wohl mit Absicht offen gelassen. Die Staatsregierung hatte die Absicht, gegen die Bewegungsfreiheit der Städte nicht allzusehr einzuschreiten. Ist doch der ungeheure Aufschwung unserer Großstädte eine Folge der Selbstverwaltung und würde sicherlich jede Fessel, jede Einmischung des Staates nur verhängnisvoll wirken. Falls Sie eine Abänderung des § 1 verlangen sollten, so möchte ich Ihnen daher den Rat geben, sehr vorichtig zu sein und mehr in Ihrem eigenen Interesse nicht allzu sehr nach Staatshilfe zu rufen, als sich mehr auf die Selbsttätigkeit zu stützen. Man wird einwenden, daß hier die Selbstverwaltung vielfach versagt habe. Aber die Materie ist noch neu, und wenn kleinere oder mittlere Städte hier noch nicht infolge finanzieller Erwägung die nötigen Maßnahmen treffen, so wird sie die Konkurrenz der Städte untereinander schon zwingen, nachzuziehen. Ein weiterer Punkt betrifft die Befoldung. Auch hier machen sich Bestrebungen geltend nach einer staatlichen Hilfe, nach einem Minimaltarif. Aber auch hier gilt, was vom § 1 gilt: Sie werden am besten fahren, wenn Sie die Regelung vertrauensvoll den Städten überlassen und nicht allzu sehr nach staatlichen Normalbefoldungen rufen. Es ist zu befürchten, daß die Städte vielfach sich auf den Minimallohn stützen würden, während andererseits auch hier die Konkurrenz der Städte bald befriedigende Verhältnisse schaffen wird.

Die dritte Forderung betrifft die Anstellung auf Lebenszeit. In dieser Beziehung stimme ich mit Ihnen vollkommen überein. Wer behauptet, daß die gesicherte Lebensstellung erschaffend wirken werde, kennt unsere Beamtenschaft nicht. Im Gegenteil, gerade das Gefühl, auf Lebenszeit mit dem Wohl und Wehe der Stadt verknüpft zu sein, fördert die Arbeitslust und Regsamkeit der Beamten. (Lebhafter Beifall.) Die Zahl der Gemeindebeamten, ihr Arbeitsfeld ist im letzten Jahrzehnt ungeheuer gewachsen, man kann wohl von einem neuen Stand sprechen. Die Verhältnisse sind noch nicht stabil. Daß aber eine Beamtenschaft, welche ein so umfassendes, vielseitiges Arbeitsfeld hat, nach besseren Lebensbedingungen strebt, ist selbstverständlich. Dieses Ziel haben aber auch unsere Städte im Auge, ihre Beamtenschaft besser zu stellen. Es fragt sich nur, ob Ihr Weg der Staatshilfe oder der der Städte nach Selbsthilfe der richtigere ist. Das Ziel ist dasselbe. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung beschloß die Ausschreibung einer Preisfrage: „Können die Gemeindebeamten der Aufhebung des Steuerprivilegs zustimmen? Aus welchen Gründen und unter welcher Voraussetzung?“ Gemeindefunktionär **Thiele-Wilmersdorf** berichtete an der Hand verschiedener der Versammlung vorliegenden Druckfachen über eine Teilerhebung, die man entsprechend einem Beschlusse der Hauptversammlung über die Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten gemacht hat. Nach den Ermittlungen in 500 Städten ergab sich, daß angestellt sind bei der ordentlichen Verwaltung 40 Prozent der Beamten auf Lebenszeit, 42 Prozent auf Kündigung, 16 Prozent vorübergehend und 16,4 Prozent durch Privatdienstvertrag. Bei den Betriebsverwaltungen ist das Verhältnis noch ungünstiger. — Stadtkämmerer **Conrad-Elbing** berichtet über die Forderungen des Verbandes zur Abänderung des Kommunalbeamten-Gesetzes. Die letzte Reform habe durch Einführung des Kündigungsrechtes die Beamten nur noch schlechter gestellt, hauptsächlich infolge der Verschlechterung durch die Beschlüsse des Herrenhauses. Demgegenüber sei zu verlangen: eingehende Anstellungsurkunden mit allen Rechten und Pflichten und Zulassung des Rechtsweges für alle Streitigkeiten aus dem Beamtentverhältnis. — Außerdem wurde noch ein Antrag des Provinzialverbandes Sachsen angenommen, die Staatsregierung um Erlaß gesetzlicher Vorschriften zum Schutze der Beamten gegen Haftpflicht zu ersuchen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf. Mittwoch, 5. September, bei Thiel, Bergstr. 151/52: Vortrag „Genossin Rith-Elsh, Kinderarbeit und Kinderkündigung“. — **Friedenau.** Dienstag, 4. September: Generalversammlung. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Holzbildhauer!

Dienstag, den 4. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Beschlussfassung über die Forderung des Ahtstundentages.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Die Agitationskommission.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Mittwoch, den 5. September 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Allg. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Schulprogramm des Proletariats. Referent: Genosse Dr. Maurenbrocher. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Berichterstattung über den letzten Jahreskongress. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.

Abteilung der Putzer.

Mittwoch, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Fritz Wisse, Brunnenstr. 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand. NB. Berufskollegen, welche Mitglied werden wollen, werden von 8 Uhr an in der Versammlung aufgenommen.

Ringfreies Lagerbier

prima Qualität, a Bier 16 Pf.

liefert Berliner Biervertrieb, Görlitzer Bahnhof IV, 2912.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Mittwoch, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmännerversammlungen:

Osten I, Osten II: bei Litfin, Memelerstr. 67.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Vertrauensmänner. 4. Verschiedenes.

Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süd-Westen: bei Habel, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Vertrauensangelegenheiten und Verschiedenes.

Wedding, Gesundbrunnen, Moabit: bei Milbrodt, Müllerstr. 7.

Die Adresse des Obmanns ist: Welland, Bremerstr. 46, III.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwerdterstr. 24.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Vertrauensangelegenheiten und Verschiedenes.

Südosten: bei Mohs, Mantensfelstr. 95.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Vertrauensangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süden: bei Gliessing, Wassertorstr. 68.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Vertrauens- und Vertrauensangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Oesliche Vororte: bei Wildner, Friedrich Karlstr. 11, Friedrichsberg.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns. 2. Vertrauensangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen, es ist doppelt Pflicht, daß sämtliche Werkstellen vertreten sind, da wichtige Besprechungen stattfinden.

Bautischler.

Bezirk I: bei Möring, Admiralstr. 18c.

Bezirk II: bei Zietz, Warschauerstr. 61.

Bezirk III: bei Habe, Koppenhagenstr. 74.

Bezirk IV: bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns und der Kommission. 2. Vertrauens- und Vertrauensangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden gebeten, die Fragebogen so schnell wie möglich abzuliefern. Gleichzeitig macht die Kommission darauf aufmerksam, daß nach dem letzten Beschluß jeder Kollege verpflichtet ist, bis zum 1. Oktober sein eigenes Werkzeug aus dem Betriebe herauszuführen.

Die Branchenkommission.

Einsetzer!

bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

Der Obmann.

Möbelpolierer.

Bezirk O. bei Bachwald, Frankfurterstr. 133.

Bezirk SO. bei Kranbein, Stallherstr. 22.

Bezirk N. bei MaB, Brunnenstr. 96.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

NB. Jede Werkstatt muß der Wichtigkeit wegen durch einen Delegierten vertreten sein.

Der Obmann des Bezirks SO, Kollege A. Schreiber, wohnt jetzt Raybach-Ufer Nr. 7.

Jalousie-Arbeiter

bei Friedrich, Prinzenstraße 9.

Charlottenburg.

Dienstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

Volksgesamtheit.

Tages-Ordnung:

Die jetzige politische Lage mit besonderer Berücksichtigung von Rußland, Breslau und Nürnberg. Referent: Genosse Düwll.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber, erwartet das Erscheinen aller Männer und Frauen von Charlottenburg.

Stempel-Fabrik von [8252*]
Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Oranienstr. 142.
 liefert schnell und billig alle Arten
 Stempel
 in bester Ausführung.
 Kaufmännische Typen „Perfekto“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Soeben erschienen:

Die Mutterschafts-Versicherung.

Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.
Von Lily Braun.
Preis 20 Pf.
in besserer Ausstattung 50 Pf.

Sozialdemokratie und Antisemitismus.

Von August Bebel.
Rede auf dem Parteitag zu Köln. Mit zwei Nachträgen.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis 30 Pf.
in besserer Ausstattung 75 Pf.

Das kommunistische Manifest.

7. autorisierte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky.
Preis 20 Pf.
in besserer Ausstattung 50 Pf.

Führer

durch die Gesetze über die Pensionierung der Offiziere und über die Versorgung der Unteroffiziere der Marine und der Schutztruppen vom 31. Mai 1906.
Preis 50 Pf.

Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus.

Von Sidney und Beatrice Webb.
Deutsch von R. Bernheim, mit Noten versehen von G. Bernheim.
Zweite unveränderte Auflage.
Statt früher 7,50 M. jetzt nur 4 M.

Die Lessing-Legende.

Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der nationaldeutschen Literatur.
Von Franz Mehring.
Zweite unveränderte Auflage.
Preis 3 M., gebunden 3,50 M.

Geschichte der Kommune von 1871.

Von Lissagaray.
— Dritte illustrierte Auflage. —
Preis 2,50 M., gebunden 3 M.

Wie entstanden Weltall und Menschheit?

Von Willy Peterson-Kinberg.
Mit zahlreichen farbigen und schwarzen Tafeln, Karten, Zeichnungen und Textabbildungen.
Preis 2 M., gebunden 2,80 M.

Astronomische Abende.

Allgemein verständliche Unterhaltungen über Geschichte und Ergebnisse der Himmelsforschung.
Von Prof. Dr. Hermann J. Klein.
Nur eine kleine Anzahl vorrätig.
Preis statt bisher 6,50 M., jetzt nur 2,75 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe Rabitzspanner.

Mittwoch, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Jauna sch, Inselftr. 10: 147/1

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Willy Friedländer über „Die russische Revolution“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Stellungnahme über die Vereinbarungen mit dem Verband der Stofftateure, Füllale Berlin. 4. Verschiedenes. 5. Pflicht aller Kollegen ist es, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.
Der Gruppenvorstand.

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.

Telephon: Amt 1 No. 8985. 2171L*

Gr. u. kl. Festsäle mit und ohne Theaterbühne, auch Sonnabende und Sonntage, in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereinszimmer, 5 Pianos, 2 Harmoniums und 1 Flügel stehen den geehrten Vereinen zur gefälligen Verfügung.

Drehhler und Treppengeländerbranche.

Osten: bei Neumann, Friedensstraße 67.

Südosten u. Südwesten: bei Stramm, Ritterstraße 123.

Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. Alle Werkstätten müssen vertreten sein. Die in Tischlereien beschäftigten Drehhler sowie jede Branche in Treppengeländerfabriken haben Delegierte zu entsenden.
Die Kommission.

Perlmutter-, Horn- und Steinhilfs-Arbeiter

bei Paul Hoffmann, Cypellnerstr. 47.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

Bodenleger u. Bohner

bei Stamer, Siemensstr. 3.

Kommissionierung mit Vertrauensleuten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

Branche der Kistenmacher

bei Baudach, Dresdenerstr. 28.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kommission.

Modell- u. Fabrikstihler, Modelldrehhler

bei Mothes, Hüfstenstr. 40.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Stockarbeiter

Abends 5 1/2 Uhr: bei Barenz, Brandenburger Ufer 6.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 5).
Tagesordnung: 1. Werkstattstreiks und Differenzen in unserem Berufe. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes. Jeder Betrieb muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Branchenkommission.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Donnerstag, den 6. September 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Bosker, Scherstr. 17:
Branchen-Versammlung der Drechsler
Berlins und der Vororte.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Vorstand der Drechslermeister-Vereinigung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! Da es gilt, in dieser Versammlung zu entscheiden, wann wir in die Bewegung eintreten, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Kommission.

Neu! Neu!

Soeben erschien der
„Vega“-Brenner
 (Patente in allen Staaten).
 „Vega“ ist der beste
Petroleum-Glühlicht-Brenner, der

- a) eine Steuervorrichtung zur Verhinderung des Blakens besitzt,
 - b) er ohne Vorwärnung sofort Licht gibt,
 - c) er 2 Gewinde, zugleich für 10" und 14" hat, paßt also auf jede gewöhnliche Petroleumlampe,
 - d) dessen Docht niemals geschraubt zu werden braucht,
 - e) der bei einer größeren Lichtstärke wie Gasglühlicht nur für zirka 1 Pfennig pro Stunde verbraucht,
 - f) der geruchlos brennt.
- 152/16*
 Preis des VEGA-Brenners kompl. m. Glühstrumpf u. Zylinder M. 6.—
 Niederlagen bei Warenhaus A. Wertheim, Albert Rosenhain, Leipzigerstr. 73, Herm. Vettin, Brunnenstr. 34, Abraham & Ehrlich, Königstr. 45, Herm. Arnold, Aloxandrinerstraße 110, C. Besold Wwe., Alte Jakobstr. 51, Louis Böttcher, Boxhagenstr. 32, O. Helming Nr., Wilhelmstr. 37, Wilh. Jonas, Lindenstr. 101, Gr. Frankfurterstr. 122 u. Schönhauser Allee 10, O. P. Neundorf, Friedringsstr. 127. — Niederlagen in Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44. Charlottenburg: Fritz Schröder, Schlüterstr. 59. Ober-Schöneweide: J. W. Kantner, Edisonstr. 10. Steglitz: Viktor Seewald, Schloßstr. 30. Wilmersdorf: Franz Hinz, Bernhardtstr. 10.



EMMLER'S Möbel-Fabrik

mit elektr. Betrieb

S. Kottbuser-Damm-25-26.

Neu eröffnet:

150 Muster-Zimmer in 7 Etagen.
5000 qm Fabrik- und Lager-Räume.

Eigene Tischlerei
und Tapezierer-Werkstätten

Solideste Ausführung

In allen Stilarten und Preislagen.

Abteilungen für
Kerrenzimmer
Speisezimmer
Salons
Schlafzimmer
Bettfedern

Komplette Betten
Metall-Bettstellen
Teppiche
Küchenmöbel

2188L

Eigene Fabrikation.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bettenlagerer. Gardinenverkauf, Steppdecken, Spottbillig Pfandleihan Haus Weidenweg neunzehn. 741*

Bauerbetten, Gardineroblagen, Ausleermöbelle, Spottbillig Weidenweg neunzehn. 741*

Brautbetten, Bettinette, Gardineroblagen, Tischdecken, Teppichlager, staurerregende, Weidenweg neunzehn. 741*

Bettenverkauf, Wanduhren, Taschenuhren, Uhrenten, Bettgeschäfte, Pfandleihan Haus Weidenweg neunzehn. 742*

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattröttem Anleit, 10,50, Pfandleihan Haus Weidenweg neunzehn. 1749*

Rotsofa-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreastraße achtunddreißig, Pfandleihan Haus. *

Bauerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Kalen 1,00, Leihhaus Weidenweg achtunddreißig, Westliche nach Bedarf. *

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schuh, Dofischer Markt 4, Babudol Obste. 266/14*

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Köpfe, Gardinen, Teppiche, Decken, Uhren, Goldschmuck, Spottbillig Pfandleihan Haus Weidenweg 172. 9625*

Geschäftsbücherei, äußerst billig, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b. *

Steppdecken billig, Gebreit Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Wirtschafts-einrichtungen, Tischdecken, Kannen, Waagen, Rührer, Biergeschälen, Buttermaschinen usw., billig, Jordan, Reichstrasse 21.

Möbelangebot, Im Umhaller Bahnhofs, Weidenstraße 25, Kalkaler Innenhof, direkt Hochbahnstation Weidenstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmere, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salon-garnituren, Panellol, Bübbelchen, Kleiderkasten, Ausbaumöbel, Bronzefarmen, Teigmöbel, Schreibtische 28,00, Aufhebellen mit prachtvoller Tischplatte 22,50, wunderbare Solentruemeus 30,00, hochlegante Salon-Teppiche (sind 14,00 bis zu allerersten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgeschickte Uebergardinen, Spandelflores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Stanuhören, prächtige Tischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Tischdecken, Konturenmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verleihen. Otto Bieders Umhaller Bahnhofsgerien. *

Exposition umstänblicher sofort preiswert zu verkaufen. In mehreren Kistlerstraße 81, vorn 1 rechtig.

Kinderwagen, gut erdient (Gummireifen) und Sportwagen billig zu verkaufen. Jonas, Strammstraße 1. 748*

Reklamation auf einem Fabrikgrundstück ist wegen Krankheit der Frau sofort zu übernehmen. Gefordert wird 1000 Mark. Offerten unter O 2 an die Expedition des Fortworts. 10246*

Räumungs-Kuderverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,65, 4,75, 5,75 usw. Weidenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 123, nahe Kopenstraße.

Tülldecken 2,15, 2,35, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorzugsgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weidenberg's Teppichhaus.

Räumungs-Kuderverkauf! Möbelstoffe, Möbelpolster und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japaneer und Weste, Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,85 Meter lang 5,90. 18188*

Große Posten echte Vliesteppiche mit Kissen, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weidenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 123. 18198*

Räumungs-Kuderverkauf! Einen Posten auchschäden 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 18208*

Vliesteppichen, wert das Doppelte! jezt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00 10 Proz. Rabatt. 18218*

Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 18229*

Tuch und Vliesteppiche mit Quechedang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weidenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 123, Dallerstraße nahe Kopenstraße. 18238*

Kleiderständer 20 Mark, Kommode 21, Bett 29, turnierte Kleiderständer 35, modern 40, Säulenstühle 54, Garderobenschänke 38, Waschtisch 21, Ausbezt 27, Schloß 38, Aufsichtsbettstelle, englische Schlafzimmere, Röhrenmöbel. Auch Teppichlager. Transport frei. Ballstraße 81. 154/16*

Wandanzüge, Sommerkleider von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erter Bezugsgutelle. Schwärmermeister Paul Kückenthal. Kur Kopenhagenerstraße 10, kein Laden. Habe keine Plänen. 268/4*

Berete! Saal, Vereinszimmer Sommerende frei. (Weiblich!) Altbau, Annenstraße 16. 244/13*

Betten Spottbillig, 15,00, Michel, Dresdenstraße 38. 10215*

Birkenwald, 80-100jährig, vier Morgen groß, rings von Wald umschlossen, ein wahres Edel, für Park, Restaurant geeignet, Rille, schöne, gesunde Lage, in Eggersdorf bei Strausberg, 10 Minuten vom Bahnhof, sofort preiswert veräußert. Verkäufer auf Terrain. Joers, Pantow, Gellabergweg 10. 10175*

Gaslocherhand! Preislos-gaslocher! 3,00, Geschlossene Gaslocher! 5,00, Gasbüchsenapparate! Gasplättchen! 3,00, Dreikammrige Bronze-gaslocher! Gaszughäupter! 9,00, Gaslöcher! 12, Schraubenstift (halbtollig) Bohrer, Ballnesterstrichstraße 33 (Beleuchtungsbaus). 17908*

Grünteamgeschäft! Matratzen, Kohlen, Rollen, gutgehend, billig zu verkaufen. Adristerstraße 33. 9273*

Edparzelle, 30 Pluten, am Hauptplatz, gut gepflastert, Sommerhaus, wegen Todesfall mit Urte und Inventar zu verkaufen. Littenheim, Darnimstraße 44. 10088*

Rähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Weidenstraße 1-6, Buchauerstraße 67, Hederstraße 111. 10248*

Waldbühl! Ein Lustort mit Euphorie bei Strausberg, 300 Hochwobdbautellen, 100jähriges Holz, fünf Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde, große Seen, Angel, Badegelegenheit, dennoch 10 Mark, ohne Konturen, volle Anlage, Verkäufer auf Terrain oder Bahnhof. Joers, Pantow, Gellabergweg 10. 10248*

Wald, Kälteeinrichtung, Blüsmaschine, 1 Meter Ende, zu verkaufen. Adrister, Petersburgerstraße 79. 9273*

Vergütung bis 15,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft, nachweist. Sämtliche Systeme. Alle Maschinen in Zahlung. Postkarte. Brauser, Kistlerstraße 90. 742*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 18148*

Möbelfacherei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Dame Köchen, Neelle Arbeit. Befestigung meines Saunend großen Lagers erbeten. Auch Kutenzahl. Nur Keller und Hinterräume. Dornack, Tischlerei, Dresdenstraße 124, zwischen Dramenplatz und Kottbuser Lor. 17688*

Werkzeugen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00, Kistenlager. Bötcher selbst - Sothagenstraße 39 (Stadtbad), Hochhaus: Buchauerstraße. 17898*

Teppiche mit Farbdesseln. Adristerstraße 124, zwischen Dramenplatz und Kottbuser Lor. 17688*

Möbelfabrik, Oranienstraße 51 direkt Kopenplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheit die ich in verließen gewelnen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Befestigung erbeten, ohne Anzahlung. Aufsteht billig verkaufe ich neue Chahelquers 17, Salsloja 27, Sattelstufensofa 45, Panellsofa 55, hochlegante Vliestgarnitur 76, Säulenrumen 29, Bettstelle mit Matrize 16, Auslegung 16. Aufschlupf, Vertiko 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Adrister. Auch Sonntags geöffnet. Nutternbuch groß. 15232*

Gardinen! Weißstoffe 1 bis 6 Fenster, weiß und creme, angelehnt und im Fenster gelitten, von 1,25 an. Gardinenhaus Joeph, Kopenhagenerstraße 2, am Tor. 18018*

Tülldecken! über ein und zwei Betten, weiß und creme, für den Spottpreis von 2,15 an. Gardinenhaus Joeph, Kopenhagenerstraße 2, am Tor. 18028*

Steppdecken! in allen Farben, rot, 2,85 und besser. Niedelange Kopenhagenerstraße 2, am Tor. 18038*

Teppiche! mit kleinen Farben, federn, für die Hälfte des Wertes. Salontepich 16,75. Teppichhaus Joeph, Kopenhagenerstraße 2, am Tor. 18038*

Wäsch- und Tuchportieren! Reste von 1 bis 3 Fenstern, verschiedene Farben, von 3,75 an. Teppichhaus Kopenhagenerstraße 2, am Tor. 18038*

Strickmaschinen, Nähmaschinen, auch Teilzahlung. Drederer, Engelster 20. 153/18*

Wandstete! Kur Gränerweg 81. Spindeln, Spiegel, Sofas, bessere Bettstellen, reelle Matrizen, enorm rittige Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen, bekannt billig! Hermann Dornack. 17158*

Restauration, gut, wegen Uebernahme einer Kavine sofort sehr billig zu verkaufen, bis Oktober Miete frei. Maxim Lutterstraße 26. 9265*

Hochverehme Herrenhosen mit kleinen Reststoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonntags und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Plänen. 17148*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Kroppe, Ode Kistlerstraße, verschiedene Wänder, Gelegenheitskäufe, Goldschmuck, Silber, goldene Uhren, verkauft Spottbillig. 16628*

Pflichtschneider, Spottbillig, gutgehend, schnell, gerät, Veränderungen, Reparaturen, Garderobeneinrichtung, auch Kumpshaft. Oertl, Buchstraße 31, vorn. 742*

Blinder Tischflechter bietet an Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Müller, Paulstraße 27. 16885*

Stellenangebote. Lehrlinge verlangt Schloßerei Golde, Helenen, Paul Ringbahnstr. 99. 298/8*

Verkauf von Dämmstoffen, 200 Kubikmeter, 25 Mark. 298/8*

Verkauf von Dämmstoffen, 200 Kubikmeter, 25 Mark. 298/8*

Verkauf von Dämmstoffen, 200 Kubikmeter, 25 Mark. 298/8*

Pfandleihan, Prinzenstraße 63, täglich 9-8, Sonntags bis 2. 16678*

Kitzdorf, Brules Hefelä, Anefeldstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parteilokal (600 Personen). Sonntags Ball. 7118*

Hier Vereinszimmer frei, 30-130, Engel, Seidelstraße 30. 6686*

Vereinszimmer frei, 40-50, auch Sonntags, Gutenbergstraße 48. *

Vereinszimmer mit Piano im Zentrum, 50 Personen lassend, Magazinstraße 17 zu vergeben. Preis Preis. 742*

Sängerverein, alter, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, nützt sich noch Verförderung mit gleichem Namen Berlin zu verweigern. (Reicher Notensch.) Röhren bei Caffee, Weingelstraße 79, vorn IV. 10158*

Deutscher Unterricht gesucht gegen russischen Unterricht. Adressen: M. A. Postamt 24. 10125*

Kulturförderung Gesellschaft „Überbau“, Gedlegenes Programm. Brangstraße 22. 716*

Ansparglung, Matrize 5,00, Solo 6,00. Koller, Neue Köpferstraße 2. 154/11*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16, zweimonatliche Anfänger-Sonntagskurse, Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. Speziell Köpferstraße 2. 244/19*

Charlottenburg, Anfertigung sämtlicher Böttcherarbeiten und Reparaturen. D. Kuhnle, Böttcherer, Köpferstraße 48. 7125*

Verkauf mit oder ohne Keller, Keller, billig. Böttcherstraße 2. 17788*

Wohnungen. Hofwohnung billig (eine Stube, Küche). Böttcherstraße 2. 17798*

Zaubere, sehr billige Wohnungen in Bruchmühle, auch zum Geschäft, weil eine darin war, 60,00 Tageslohn. Anfragen Friedmann, Unger, Köpferstraße 5. 10095*

Schlafstellen. Schlafstelle für zwei Herren. Schönefeldstraße 26, I Unts. 8255*

Arbeitsmarkt.

Stellengsuche.

Parteipresse, Militärfreier (Einjährige-Freiwilliger), energischer junger Mann, Sozialdemokrat, Freiender, gründlich durchgebildet, angebotener Schriftsteller, guter Redner, demnachst in der französischen und englischen Sprache in Wort und Schrift usw., sucht bei möglichem Ansehungsgehalt als Anfänger in irgend eine Redaktion der Parteipresse sofort oder auch später einzutreten, nimmt eventuell auch andere Stelle an. Gefällige Angebote an die Expedition des Fortworts unter C. 2. 6758*

Gasmodifizierung sucht Stellen. Frau Paris, Reichensbergerstraße 123, Neue Friedenstr. 37. Spezialität: Klebgeret- u. Konserven-Pflichten. 11628*

Milchschnitser, Spottbillig, gutgehend, schnell, gerät, Veränderungen, Reparaturen, Garderobeneinrichtung, auch Kumpshaft. Oertl, Buchstraße 31, vorn. 742*

Blinder Tischflechter bietet an Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Müller, Paulstraße 27. 16885*

Stellenangebote. Lehrlinge verlangt Schloßerei Golde, Helenen, Paul Ringbahnstr. 99. 298/8*

Automobilfahrer! Nebemann, der Chauffeur mit gediegenes, theoretischen und praktischen Kenntnissen werden will, verlange kostenlose Lehrpläne. Glanzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12. 141/16*

Steinholzfuhbodenleger, selbstständige, für Berlin sofort gesucht, ferner ein selbstständiger Vorarbeiter für Drahten für die Dauer von 3-12 Monaten. Hohes Einkommen zugesichert. Deutsche Steinholzwerte, Rantstraße 38a. 18088*

Glasschnitser, perfekt im Schneiden von Kristallglas, für dauernde Beschäftigung verlangen Krumpdeutsch u. Co., Große Frankfurterstraße 119. 742*

Metallbrennerlehrling für Gas-, Wasserleitung, Reparaturen verlangt Sandmann, Kottbuserstraße 40. 7160*

Chauffeur werden ausgebildet Schiffbauerdamm 18. 10115*

Arbeiter verlangt Goldleistenfabrik Charlottenstraße 7. 10075*

Einlöser bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Offerte unter N. 2 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. 10235*

Kopier, Sanger, eingeleitet auf Photographierarbeiten, 25,00 Lohn, findet dauernde Beschäftigung bei Guggli u. Koeniger, Brunnenstraße 53. 21985*

Mattler verlangt Goldleistenfabrik Kopenhagenerstraße 17. 21985*

Schwarzschneider im Hause verlangt Kolberg, Geddrstraße 18, vorn I. 21985*

Votenfrauen finden sehr löbende Beschäftigung Prinzenstraße 41. *

Frauen zum Ausstragen von Zeitungen finden dauernde Beschäftigung Weichstraße 14. 782*

Wamielch an Havelland und Paletots verlangt Bohl, Volkestraße 45. 21985*

Votenfrauen finden sehr löbende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. (Touren: Annenstraße, Pfingststraße, Marienstraße.) 153/14*

Im Arbeitsmarkt durch befanden Druck herabgegebene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Jüngerer Parteigenosse, Zeitungsfachmann, tüchtiger Propagandist, gewandter Korrespondent, redaktionell befähigt, sucht zum 1. Oktober Stellung. Off. unt. „M. 2“ an die Exped. d. Bl. 9516*

Elektro-Monteur. Mehrere absolut selbstständige, tüchtige Elektromonteur für Licht und Kraft finden bei uns dauernde Stellung bei hohem Stundenlohn. Nur auf erste Kräfte wird rekrutiert. Gesuche nebst Zeugnisabschriften und an Alimanna Svonska Elektriska Aktiebolagets Filial in Malmö zu richten. Besidevergütung. 152/11*

Selbstständige Monteur. Maschinenbau u. Elektr.-Anhaltungen sucht Richard Holke, Berlin C, Neue Friedenstr. 37. Spezialität: Klebgeret- u. Konserven-Pflichten. 11628*

Pagerhalter, lautionsfähiger, sofort gesucht für den Konsumverein Siemens & Halske, Charlottenburg, Preussenstr. 29. 21985*

Rockschneider erhält sofort dauernde Kondition bei 154/13. A. F. Larsson, Aalngas, Schweden. 21985*

Achtung! Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnbereinigungen die Arbeit niedergelegt. Zugung ist fernzubalten. 141/16*

Deutsch. Buchbinderverband

(Bibliothek Berlin). Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt: Xaver Külle, Reichensbergerstraße 30. Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 15. F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20. Ad. Schob, Postamtstraße 19 und Bessauerstraße 14. Kartofabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Kopenhagenerstraße 4. Vor Arbeitsannahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Gesamtarbeiterverein ist Information auf dem Bureau, Engelstr. 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/19 Die Krisenverwaltung.

Achtung! Schildermaler!

Gesperrt sind folgende Firmen: Otto Grand u. Co., Wollergasse 3. Paul Voigt, Neue Köpferstr. 42. P. Schmidt, Köpferstr. 28. J. Kaufmann, Neue Friedenstr. 4. W. Köpfer, Strausbergerstr. 12. G. Leichter, Kopenhagenerstr. 21. W. Bartel, Kopenhagenerstr. 45. F. Bauer, Alexandrinerstr. 45. J. Rogosch, Köpferstraße 17. C. Zent, Annenstr. 39. V. Sonntag u. Co., Kopenhagenerstraße. W. Rumpf, Annenstr. 154a. Zugung ist fernzubalten! Arbeitsnachweis nur Wallstr. 36. Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Begen Streit und Lohnbereinigungen sind gesperrt: für Tischler, Schlosser und Maschinisten: Gebr. Ehrlich, Krautstraße. Zugungsbefehl: Ohmann, Kopenhagenerstr. 13/14. für Kistenmacher und Kreis- fahrgenossen: Schüler, Kopenhagenerstr. 101. für Knopfhersteller: Abramowsky, Köpferstr. 33a. für Korbmacher: Zwerner, Friedrichsstraße, Westerntstraße 72. Bauer, Friedrichsstraße, Westerntstraße 82. für Baricamentmacher: Der Junungsanweisung, Brunnenstraße 154. für Parkettbodenleger: Van Tempelhof, Dorstraße 19. Fabrikant Herzer, Kopenhagenerstr. 13/14. Wagner, Van Kaiser-Allee 45. Zwischenmeister Petsch. Zugung ist streng fernzubalten. Die Krisenverwaltung.

Achtung, Töpfer!

Der Bau Königin Viktoria-Allee, Ode Schillingstraße in Reinickendorf, West des Kanalarbeiters Haus, ausführender Töpfermeister Karl Rottlich, ist wegen Lohnausfall gesperrt. 201/4 Die Verbandsleitung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am Sonntag, den 9. September...

Der 2. Berliner Reichstagswahlkreis veranstaltet am Sonntag, den 9. September ein Volksfest...

Regel. Mittwoch, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in Krapps Festhall, Bahnhofstr. 1, eine öffentliche Versammlung statt...

Variendorf und Umgebung. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale des Genossen Hugo Borgfeldt, Feldstr. 44, eine öffentliche Versammlung statt...

Brieg-Budow. Heute abend 1/9 Uhr Wahlvereinsversammlung im Restaurant „Landhaus“, Chausseestr. 97...

Drewitz. Am Dienstag, den 4. September, abends von 7 bis 9 Uhr, findet im Lokale von Wills die Stichwahl der III. Abteilung statt...

Berliner Nachrichten.

Auf dem Berliner Gemeindefriedhof zu Friedrichsfelde wurden im Etatsjahr 1905, über das jetzt das städtische Kuratorium für das Bestattungswesen den Jahresbericht erstattet hat, 4451 Leichen der Erde übergeben...

Die letztere Zahl zeigt, daß der Friedhof der Stadtgemeinde Berlin längst aufgehört hat, ein Armenfriedhof im alten Sinne des Wortes zu sein...

Einstweilen hat diese Entwicklung dazu geführt, daß für die Stadt die Einnahmen aus Beerdigungsgebühren heute schon recht erheblich sind...

Die Gewerbergerichtswahlen finden, nach einer Bekanntmachung des Magistrats am Freitag, den 19. Oktober für Arbeitgeber, für die Arbeiter am Sonntag, den 21. Oktober statt.

Die Feuerbestattung gewinnt in Berlin immer mehr an Ausdehnung, obwohl wir hier immer noch keinen Leichenverbrennungsofen haben...

Die Gültigkeit der neuen Fahrartensteuer im Vorortverkehr dürfte in kurzer Zeit durch das Gericht geprüft werden.

vom Schlesienschen Bahnhof nach Hangelberg die Willettsteuer in Höhe von 5 Pfennigen erlegen müssen und glaubt sich insofern überfordert, als auf der Strecke Jüge mit 4 Wagenklasse nicht verkehren...

Im Reich des Klebens sieht gegenwärtig der Zigarettenhandel. Jedes Paket zu 5, 8, 10, 15, 20 usw. Stück, sei es aus Pappe oder Blech, muß mit dem farbigen Steuerzeichen, der Vanderole, so überklebt werden...

Die Lebensmittelverteuerung

nimmt geradezu in unheimlicher Weise zu und man kann sich in der Tat der Befürchtung nicht verschließen, daß bei dem fortwährenden Ansteigen der Preise für die notwendigsten Lebensmittel der Ausbruch des Hungertypus in immer greifbarere Nähe gerückt wird...

Auch dieser Beschluß bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine weitere Verteuerung des Brotes und trifft wiederum die Arbeiter am schwersten.

Dem Verdachte seine Krone. Wie die Dresdener „Volkswacht“ hört, ist der Dresdener Staatsanwalt Dr. Glaser als Staatsanwaltschaftsrat nach Berlin versetzt worden...

Wir wissen nicht, ob dem neuen Herrn hier in Berlin die Bearbeitung der Presssachen übertragen werden soll, aber nach seiner bisherigen Tätigkeit zu urteilen, scheint er auf diesem Gebiete ganz besondere Fähigkeiten mitzubringen...

Unfälle im Straßenverkehr.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Equipage fand gestern abend an der Ecke der Friedrichs- und Französischenstraße statt.

und jagten in die Friedrichstraße hinein. Infolge des starken Verkehrs schwebten die Passanten in größter Gefahr. In der Ecke der Französischenstraße stieß das Gefährt mit solcher Gewalt gegen den Anhängewagen Nr. 155 der Straßenbahnlinie 60, daß die Pferde fürchten und die beiden Insassen sowie der Kutscher auf die Straße geschleudert wurden...

Ein weiterer schwerer Unfall im Straßenbahnverkehr ereignete sich gestern abend an der Ecke der Friedrichs- und Chausseestraße. Die 17jährige Verkäuferin Meta Behnte aus der Piesenstr. 11 hatte auf der Heimfahrt von Receptow einen Straßenbahnwagen der Siemens- u. Halske-Linie benutzt...

Schwere Folgen am Sonntagabend hat abends durch das Ausrücken eines Bierdeckels in der Prinzessinnenherbergstraße 11 stattgefunden. Der 34jährige Kutscher Alois E. Soldinerstr. 41, wechelt, besand sich mit seinem Zubehör, das von zwei jungen Pferden gezogen wurde, auf dem Heimweg...

Der Schymannsdiebstahl gegen einen Nervenkranken!

Wir melden dieser Tage, daß am Rathbinder ein Mann, der von dem Schymann Hoffmann für einen Streikposten gehalten wurde, fortgewiesen und — als er nicht Folge leisten wollte — unter Anwendung von Gewalt zur Wache transportiert wurde...

Trotzdem brachte die Scherl-Presse über den Vorfall unter der Ueberschrift „Streikgeisse“ folgenden sensationellen Bericht:

Vor dem der Firma Joneny gehörigen Holz- und Kohlenlager am Rathbinder 31-35 zu Rathbinder, deren Arbeiter sich gegenwärtig im Ausstand befinden, stand der Arbeiter Karl Lepinsky aus der Weiningerstr. 5 Posten. Der Schymann Hoffmann vom 4. Rathbinder Polizeirevier, der den Mann als Streikposten festsetzer bereits kannte, forderte ihn auf, weiterzugehen...

An diesem Bericht ist gelegen, daß der Schymann „den Mann als Streikposten bereits kannte“. Wir haben sofort festgestellt, daß der Vorfall mit dem Streik der Kohlenarbeiter nur insofern etwas zu tun hat, als dieser Streik den Uebereifer der Schymannschaft außerordentlich anregte...

Der Fall Lepinsky ist wieder ein treffendes Beispiel für die Unfähigkeit unserer Polizeibeamten, Exzesse zu vermeiden. Der Schymann rufte zuerst die Erregung des Kranken durch die Art seines Auftretens hervor. Aber diese Erregung beehrte ihn noch nicht einmal dadurch, wie sie sich äußert, darüber, daß er es mit einem Kranken zu tun hat...

Uebrigens ist es noch ein Glück für den Verletzten, daß er nebenbei und wegen seiner Krankheit entmündigt ist. Hätte er sich lediglich aus verletztem Ehrgefühl der Behandlung durch den Schymann widersetzt — und es gibt in Deutschland noch einige Staatsbürger, die den Polizisten nicht vertragen können und trotz dem nicht entmündigt sind —, dann würde er sich jetzt noch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verantworten müssen...

Dabei wird freilich nicht viel herauskommen: Einem prägelunden Volkserzieher, sei er nun Unteroffizier, Lehrer oder Schymann, fehlt in Preußen-Deutschland bekanntlich immer der strafbare Dolus, den immer bloß der hat, welcher sich seiner Erziehung zum guten Staatsbürger widersetzt!

Der Untertertianer als Vadebuch. Eine überraschende Aufklärung haben die fortgesetzten Diebstähle in der Vadeanstalt an der Krümmen-Lanke gefunden. Schon seit einigen Wochen wurden dort Taschendiebstähle mit einer erstaunlichen Dreistigkeit ausgeführt...

gesteckt. Die Diebstähle würden so vorsichtig ausgeführt, daß es nicht gelingen sollte, den Täter zu erwischen. Da die Anzahl durch diese Vorkommnisse bald in Verzug kam, schickte der Bademeister alle Hebel in Bewegung, um den geheimnisvollen Dieberien ein Ende zu bereiten. Er setzte sich mit den bestohlenen Wägen in Verbindung und nun konnte der Spüßhube überall beobachtet werden. So glückte es denn auch, ihn in flagranti zu ertappen. Zur allgemeinen Ueberraschung stellte es sich dann heraus, daß der Taschendieb der 14jährige Untertertiarier Julius A., der Sohn eines Anwaltens war. A. war, wie alle Badenden, nur mit Badehose bekleidet und hatte so Zutritt zu den nur mit einem Leinwandvorhang versehenen Wadestäben. Das gestohlene Geld pflegte er jedesmal in der Bedürfnisanstalt hinter einem Balken zu verstecken. Am letzten Tage hatte er nicht weniger als vier Geldbörsen ausgeraubt und dabei mehr als 50 M. erbeutet.

Eine raffinierte Schlafstiebsdiebin hat am Sonnabendnachmittag in der Fennstr. 47 gut ausgemacht. Dort wohnte der Seidenwäcker P. Zu ihm kam am Sonnabend vor 8 Tagen ein Fräulein, zahlte 8 M. an und gab an, sie käme von Stettin, wäre bei ihren Eltern 4 Wochen zum Besuch gewesen und hätte vorher in der Chauffee-straße 28 gewohnt; wie sich später herausstellte, beruhten die Angaben auf Schwindel. Das Mädchen benutzte die Gelegenheit, in der Küche den Schubladen eines Spindes zu erschrecken und die dort aufbewahrte Wäsche zu entwenden; außerdem stahl es aus einer Sparbüchse, welche einer Tochter gehörte, einen Geldebetrag und andere Gegenstände, die einem anderen dort wohnenden Fräulein gehörten. Die Spüßhube ist 18 Jahre alt, dunkelblond, unterseht und fällt auf durch ihre idlen, breiten Waden und ihren dicken, breiten Hals.

Die Straßenbahn als Brandstifter. Am Weddingplatz entstand gestern aus einer eigenartigen Ursache Feuer. Ein Straßenbahnwagen der Linie 32, Reinickendorf—Charlottenstraße (Unter den Linden) fuhr in großer Geschwindigkeit an einem dort stehenden mit Stroh beladenen Leiterwagen vorüber, wobei von der Oberleitung ein elektrischer Funke auf den Strohwagen sprang. Das trodene Stroh entzündete sich sofort und in wenigen Augenblicken stand der ganze Wagen in Flammen. An ein Löschen des Brandes war nicht zu denken. Bevor noch die Feuerwehr eintraf, war er vollständig ausgebrannt. Der Wagen selber ist bis auf die Eisensteile verbrannt. Der Bestizer wird Schadenerschaftsprüche gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft geltend machen.

Zeugenschaft. Diejenigen Straßenpassanten, die am Montagvormittag 8 Uhr an der Kaiser-Wilhelm- und Neue-Friedrichstraße- Ecke gesehen haben, wie ein Schuhmann einen dort haltenden Händler arreziert hat, werden gebeten, ihre Adresse bei Kramer, Nitzdorf, Steinmetzstr. 92, abzugeben.

Auf dem Volkstheater am 2. d. M. sind im Volksparken des Gesundbrunnens gefunden worden: ein Damenhut, eine Damentasche, enthaltend einen Schlüssel aus Bronze und Portemonnaie und ein Stock. Diese Gegenstände sind in der „Vorwärts“-Expedition Nützenerstr. 24 abzuholen.

„In freien Stunden“. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser Wochenschrift, die in Heften zu je 10 Pf. erscheint, ist das 35. Heft erschienen. Dasselbe bringt unter anderem die Fortsetzung des Romans „Der Deserteur“ von H. Budanan, ferner „Die letzte Nacht“, „Des und Jenes“, „Witz und Scherz“. Allen Familien, Arbeitern und Arbeiterinnen sei diese gediegene und dabei billige Romanbibliothek wärmstens empfohlen. Abonnement nehmen in Berlin und Umgegend die Parteispeditionen entgegen.

Die Eröffnung der Winterfaison ist am Sonnabend von einer Reihe größerer Spezialitätenbühnen erfolgt. Er nimmt sich zwar etwas sonderbar aus, in der jetzigen Zeit, wo alles unter der großen Hitze seufzt, von einer Winterfaison zu reden, allein der Sachausdruck lautet einmal so.

Das Waldhalla-Theater am Weinbergsweg, das vor zwei Jahren unter dem Namen „Nationaltheater“ eröffnet wurde und anfänglich der Oper gewidmet war, hat sich am Sonnabend als Variététheater aufgetan unter günstigen Auspizien für die Saison. Der neue Direktor hatte sich bemüht, tüchtige Kräfte zu gewinnen und man kann sagen, er hat eine glückliche Hand gehabt, sowohl was die Leistungen der einzelnen Spezialitäten wie auch die Zusammenstellung des Programms anbetrifft. Was das Programm im einzelnen anbelangt, so verdient Lucie Verdier als Virtuosa von Violon und Waldhorn besonders erwähnt zu werden. Ihr Violonolo, das sie mit einer Hand am Flügel begleitet, trug ihr lauten Beifall ein. Auch der Pianist Ernst Thoren unterhielt das Publikum in köstlichster Weise. Adèle Moraw produzierte sich als Wiener Soubrrette-Diva. Durch die Szene „Die entthronte Kaiserin der Sahara“ entfesselte sie große Heiterkeit. Nur mit der Bezeichnung dieser Szene als Originalszene scheint es nicht ganz zu stimmen, wenigstens werden frühere Besucher des Wintergartens und des Apollo-Theaters dies stark bezweifeln, da diese Szene an diesen Variétébühnen bereits vor Monaten über die Bretter ging; trotzdem verfehlt sie auch jetzt nicht ihre löbliche Wirkung. Vervollständigt wird das Programm noch durch die Lustspielaktanten Rigoleito Bros, den süddeutschen Humoristen Hans Häuser, durch Jongleure, Exzentriker, Handvolteure und ein Damen-Gesangsensemble.

Das Passage-Theater hat sich in der bekannten Wiener Soubrrette Josefina Dora eine Zugkraft geleistet, die in dem lustigen Einakter „Niemand“ sich dem Publikum als „Berle“ des Dienstbotenlandes präsentierte und ihren urwüchsigen Humor zur Geltung brachte und mit ihrem Couplet: „Emil, du bist eine Pflanze“ die Zuhörer in die größte Heiterkeit versetzte. Anerkennung verdienen sich der erste vierzehnjährige Geigenkünstler Kulinowski sowie die Kunstseilerin Lenia Ranon. Als Soubrrette wirkte die Gysima, die in Karlsbad wegen ihrer Schönheit preisgekrönt wurde.

Das Volkstheater Folies Caprice hat am Sonnabend gleichfalls seine Porten wieder geöffnet.

Kadetten zu Berlin-Steglitz. 2. September. Die heutigen Rennen waren den Fliegern vorbehalten; das Programm wies 82 Namen auf, von denen 35 Fahrer für den „Großen Preis von Berlin“, der über 1000 Meter ging und 3000, 1500, 1000 und 500 M. für die vier Plazierten des Endlaufes an Preisen bot. Er wurde von Ellegaard (Kopenhagen), Boulain (Paris), van den Vorn (Lüttich), Schilling und Stol (Amsterdam), Delemann (Kopenhagen), Rudela (Zeply) bestritten, denen gegenüber Fahrer wie H. Mayer (Hannover), Willy Arend, Waber, Conrad, Kurzmeier, Scheuermann, Theile und Wegener die deutschen Farben verteidigten. Nach 6 Vor-, 3 Zwischen- und 1 Befähigungslauf traten endlich Ellegaard, Boulain, H. Mayer und van den Vorn zu dem Endlauf an, der in dieser Reihenfolge knapp von dem Dänen vor den anderen gewonnen wurde. Arend war im Zwischenlauf hängen geblieben.

Für die im „Großen Preis von Berlin“ unterlegenen Fahrer waren noch eine Reihe anderer Rennen bestimmt, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte zu messen.

Preis von Schöneberg. 200, 150, 100, 80 M. 1. Scheuermann, 2. Schilling, 3. Waber, 4. Theile. In zwei Vorläufen außerdem 4 Fahrer ausgeschieden.

Steglitzer Hauptfahren. 80, 60, 50, 40 M. 1. Peter, 2. Rudela, 3. Stol, 4. Arend. In drei Vorläufen 18 Fahrer ausgeschieden.

Preis von Friedenau. 50, 40, 30, 25 M. 1. Wegener, 2. Kurzmeier, 3. Althoff, 4. Tschmer. In zwei Vorläufen 19 Fahrer ausgeschieden.

Trotzfahren. 25, 20, 15, 10 M. 1. Gellemann, 2. Conrad, 3. Sühmlich, 4. Reusing. In zwei Vorläufen 12 Fahrer ausgeschieden.

Für alle Fahrer offen waren folgende Rennen: Prämienfahren. 3000 Meter. 30, 20, 10 M., außerdem dem Ersten und Zweiten jeder Runde Prämien 1. Rudela, 2. Tschmer, 3. Althoff, 4. Fahrer im Rennen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorgabefahren. 3000 Meter. 75, 50, 40, 20, 10 M. 1. Rudela (50 Meter Vorgabe), 2. Conrad (65), 3. Wegener (80), 4. Vogt (100), 5. Kuh (140), 6. Ganzevoort (210). Boulain (80) und H. Mayer (20) aufgegeben. 27 Fahrer.

Vorgabefahren. 3000 Meter. 75, 50, 40, 30, 20, 10 M. 1. Scheuermann (50), 2. Ellegaard (Mal), 3. Theile (69), 4. Waber (40), 5. Kurzmeier (70), 6. Tschmer (80). 34 Fahrer.

Tandem-Hauptfahren. 3000 Meter. 300, 200, 100, 75, 50 M. Ellegaard-van den Vorn, Waber-Scheuermann, Mayer-Peter, Tschmer-Wegener und Rudela-Schilling traten eben den Endlauf an, als Mayer-Peter durch Weichenhaken gezwungen waren, aufzugeben. Da ein anderes Tandem nicht zur Stelle war, so wurde der Endlauf nicht ausgefahren.

Am nicht ganz das Motorenkletter zu entbehren, hatte der Berliner Bruno Demle hinter Motorführung einen Angriff auf die bestehenden Rekorde bis zu 30 Kilometer übernommen, der bis zu 10 Kilometer erfolgreich war; er legte diese Distanz in 7 Min. 1/5 Sek. (bisherige beste Steglitzer Zeit: 7 Min. 10/5 Sek.) zurück.

Ueber einen Tumult, der sich zum Schluss ereignete, wird noch berichtet: Nachdem die beiden Vorläufe erledigt waren, wurde der Endlauf gestartet. Mayer-Peter hatten schon in erster Runde Weichenhaken, worauf das Rennen abgelehrt wurde. Der neue Start verzögerte sich etwas und die inzwischen eingetretene Dunkelheit wurde von zahlreichen Besuchern des zweiten Platzes dazu benützt, um über die Bahn nach dem Innenraum sich zu begeben. Die Direktion entschied, um einen Unfall zu vermeiden, daß der Endlauf nicht mehr gefahren werden solle, erregte damit aber den lebhaftesten Unwillen eines größeren Teiles der in den Innenraum gedungenen Zuschauer. Ein johlender und pfeifender Haufe umringte die Richtertribüne und begehrte stürmisch den noch ausstehenden Lauf zu sehen. Da dies keinen Erfolg hatte, ging der Haufe sogar zu Sachbeschädigungen über. Die Nummerntafeln wurden ungerissen, das Musikpodium demoliert und Fensterscheiben der Tribünen eingeworfen. Das Feuerwerk, das nach dem Rennen abgebrannt wurde, beschäftigte die erregten Gemüter nur in geringem Maße, da man des Feuerwerks wegen die Vogenlampen ausgehen ließ, hatte der Haufe sogar die schönste Gelegenheit, im Dunkeln seiner Zerstörungswut zu fröhnen. Gendarmen und Polizei konnten in ihrer geringen Zahl nichts ausrichten. Endlich verließen sich die Stadtmacher.

Orgelsonzert. Mittwoch, den 5. September, 7 3/4 Uhr veranstaltete der königliche Musikdirektor Bernhard Irzgang in der Marien-Kirche das nächste Orgelsonzert unter Mitwirkung von Frau Emmy Collin-Haberlandt (Sopran), Herrn Felix Leberer-Prina (Bass) und Fräulein Wanda Laube (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Rheinberger. Der Eintritt ist frei.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr wurde am Sonntag nicht weniger als dreißigmal alarmiert, darunter einmal nach Vorposten bei Tegel, wo der Dachstuhl eines großen Wohnhauses mit mehreren Mansardenwohnungen in ganzer Ausdehnung in Flammen stand und trotz des energischen Vorgehens der Wehren aus Tegel und der Umgegend niederbrannte. Der 7. Löschzug wurde am meisten in Anspruch genommen. U. a. hatte dieser Zug in der Großen Frankfurterstraße 70 einen gefährlichen Kellerbrand zu löschen. Dort brannten in Verschlagen Brennstoffmaterialien und Hausat. Um an den Brandherd zu gelangen, mußten die Kohrführer mit Sönigchen und Sierebergischen Rauchschuhapparaten ausgerüstet werden. Dann gelang es durch vieles Wassergeben den Brand auf den Keller zu beschränken. Viermal mußten Prehloßenstände auf dem Ostbahnhof an der Brombergerstraße gelöscht werden. Es brannten beladene Lowries. Jedemal mußte kräftig Wasser gegeben werden. Einmal stand auf dem Hof an der Frankfurter Allee ein Eisenbahnwagen mit Kohlen in Flammen, und in der Nähe, Frankfurter Allee 117, brannten Kohlen auf einem Lagerplatz. Ferner hatte der 7. Zug in der Weißlauerstraße 32 zu tun, wo in einem Stadtbahnwagen in der Arezhandlung von S. Rippmann getrocknete Krebschalen brannten. Nicht weit davon, in der Spandauerstraße 74, kam nachts um 11 Uhr in einem Farberkeller ein Brand aus, wobei der Metalldreher Paul Dohmann an Rauchergiftung schwer erkrankte und auf ärztlicher Anordnung nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. In der Friedrichshainstraße 5 war Spiritus in Brand geraten und hatte eine Person leichte Brandwunden erlitten. Bei einem Wohnungsbrande in der Koloniestraße 6/8, der nach dem Boden übersprang, erlitt eine Frau Brandwunden im Gesicht und an den Händen. In der Koloniestraße mußte ferner ein Prehloßenstand gelöscht werden und in der Triftstraße 10 ein Feuer, das in einem Breiterstuppen ausgekommen war. Ein Arbeitswagen brannte am Ritternacht in der Forsterstraße 9, Stroh in der Müllerstraße 74 auf freiem Felde und Kronenstrasse 3 eine Wohnung. An der Ecke der Friedrich- und Schützenstraße mußte am Witternacht eine Frau unter einem elektrischen Straßenbahnwagen hervorgeholt werden. Bodenflammen brannten Kochhansstraße 10, Kellererschläge in der Wappstraße 2, Petroleum im Keller Kaiser Wilhelmstraße 20, eine Rübenfabrik Vorhingerstraße 39, Papier u. a. an der Ecke der Kottbus- und Belle-Alliancestraße und eine Waschküche Wappstraße 85. Außerdem hatte die Wehr noch in der Bernauerstraße 74, Kleine Rosenthalerstraße 8, Blücherstraße, Neuen Königstraße u. a. Orient zu tun.

Rigdorf. Zu der Schießsäre auf den Ostbändler Escher und die Witwe Lehmann wird berichtet, daß die verwundete Frau Auguste Lehmann eine von den Landwirten und Gärtnern von Rigdorf, Treptow und Vriß gefürchtete Felddiebin sein soll, die erst kürzlich wegen Felddiebstahls zu 1 1/2 Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, aber bisher die Strafe noch nicht abgebuht hat. Als nun in letzter Zeit die Felddiebstahle sich wieder stark mehrien, wurde die Zahl der Wächter vermehrt. Von diesen auf der Lauer liegenden Leuten wurde auf die Frau geschossen, als sie mit ihrem Bräutigam, dem Ostbändler Escher, Freitag nachts durch die Wiesen ging.

Wilmsdorf. Die „Wilmsdorfer Zeitung“, das amtliche Publikationsorgan und „Volksblatt für freien Meinungs-Austausch“, hat sich abermals einer Erneuerung unterziehen müssen. Es ist noch nicht lange her, als genanntes Blättchen den Lesern die Mitteilung machte, daß es aus einem täglich erscheinenden in ein wöchentlich zweimal erscheinendes Blatt verandert worden ist. Die Ursache der damaligen Veränderung schien Abonnement- und Inzeratenschwund zu sein. Aus dem neuen Aufruf geht nun auch keinestwegs hervor, daß die damalige Veränderung eine geschäftliche Verleserung zur Folge gehabt hat. Gleich am Anfang des Aufrufes an alle „Freunde und Leser“ der „Wilmsdorfer Zeitung“ wird mitgeteilt, daß dieselbe unter einem veränderten Firmenbild erscheint.

„Es war für jeden Eingeweihten klar“, heißt es weiter, „daß dringende Reformen an Haupt und Gliedern notwendig waren, sollte man nicht den Fortbestand der Zeitung überhaupt gefährden. Weiter wird mitgeteilt, daß es gelungen ist, für die Fortführung einen bekannten Fachmann zu gewinnen, der mit Unterilung eigens hierfür verpflichteter Mitarbeiter es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Inhalt der „Wilmsdorfer Zeitung“ so auszugestalten, daß auch den weitgehendsten Wünschen Erfüllung zugesagt werden kann. Interessant sind nun die Verläge, nach denen in genanntem Blatte den Lesern gedient werden soll: Unparteiisch, streng sachlich und nie persönlich! — Keiner Partei dienend, aber Stellung nehmend für alle Interessen des kommunalen, gemeinnützigen und geistigen Lebens! — Dem Gemeinwohl, nicht dem persönlichen — Vaterland und Volkswohl über alles! Erscheinen soll

die Zeitung vorläufig noch Donnerstag und Montag vormittags, jedoch soll sie spätestens am 1. Januar zu einer Tageszeitung umgestaltet werden. — Unterstützt uns, heißt es zum Schluss, in unserem Vorhaben durch Abonnements, Inzerate und vor allem durch rege Mitarbeit! Die „Wilmsdorfer Zeitung“ hofft also in kurzer Zeit viel zu gewinnen. Bei der Wilmsdorfer Arbeiterschaft dürfte jedoch nicht viel zu holen sein; es können nur meist bürgerliche Elemente sein, die sich die „nationale und unabhängige Zeitung“ ins Haus bringen lassen. Für deren Interessenvertretung hat sich genanntes Blatt als vorzügliches Hilfsmittel erwiesen. Alle Firmenschildveränderungen und Programmstellungen ändern an dem Charakter und den Bestrebungen einer bürgerlichen Presse nichts. Eine unparteiische Presse bejagt die Geschäfte der Reaktion oft viel besser als die streng sozialistenfeindliche Presse. Durch seine zweideutige und mittlere Haltung züchtet ein unparteiisches Organ nur politischen Indifferentismus groß, einen Indifferentismus, der sich bisher als das größte Hindernis des proletarischen Befreiungskampfes erwiesen hat. Unter der Flagge der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sucht der Bestizer der Presse nur Geschäfte zu machen, nirgends anzuwenden und den Abonnentenfang um so besser zu betreiben. Die Wilmsdorfer Arbeiterschaft hat Ursache, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser ersten Zeit das Terrain der bürgerlichen Presse sich nicht erweitert. In jedem Arbeiterhaushalt lese man nur das die Arbeiterinteressen ernsthaft vertretende Arbeiterblatt, den „Vorwärts“.

Lichtenberg. In Ausübung seiner Tätigkeit als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr schwer verunglückt ist der Schuhmacher Herr Grob. Als Materialienverwalter der Wehr mit dem Aufhängen von Schlauchen beschäftigt, fiel Grob aus bisher nicht aufklärter Ursache etwa 4 Meter tief auf den Zementfuhrboden hinab und zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zu. Kameraden des Verunglückten sorgten für seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Lichtenberg selbst hat bekanntlich, obwohl 60.000 Einwohner zählend, weder ein Krankenhaus, noch eine Einrichtung für erste ärztliche Hilfeleistung bei plötzlich eintretenden Unglücksfällen.

Zum Schularzt für die Schulen in der Dorfstraße und Wilhelmstraße ist an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Brockmann Herr Dr. Budofzer, hier, Frankfurter Allee, ernannt worden.

Bernau. Zeugen des Vorfalles, welcher sich am Sonnabend, 1. September, abends 8 Uhr, auf dem hiesigen Bahnhöf zugetragen hat, besonders die beiden jungen Leute, welche den einen der Geschlagenen bis zur Polizeiwache begleitet haben, möchten sich melden bei Wilh. Kholff, Bernau, Weinbergstraße 35, 2. Et.

Spandau. Die Gehalts- und Lohnfrage der städtischen Beamten und Arbeiter soll, wie der Magistrat durch das amtliche Organ mitteilen läßt, am Donnerstag über acht Tage als alleinige Vorlage in „geheimer Sitzung“ zur Verhandlung und eventuellen Beschlußfassung kommen. Warum in geheimer Sitzung eine so überaus wichtige Angelegenheit beraten und darüber Beschluß gefaßt werden soll, ist nicht recht erklärlich. Ein solches Verfahren läßt nur den Gedanken zu, daß von gewisser Seite die Öffentlichkeit bei Beratung der Besoldungsverhältnisse gescheut wird. Daß ein solches Verfahren für diejenigen, die der Gehalts- und Lohnverbesserung der städtischen Beamten und Arbeiter weniger wohlwollend gegenüberstehen, angenehm ist, mag ganz verständlich sein. Die Öffentlichkeit erfährt so wenigstens nicht, wer sich in unzulänglicher oder gar Nichtberücksichtigung der Aufbesserung der Gehälter und Löhne am meisten hervorgetan hat. Die Einwohnerschaft Spandaus, insbesondere die Wähler haben aber ein Interesse daran, zu wissen, was bei einer so wichtigen Frage gesprochen wird. Deshalb gehört diese Sache in das Plenum. Vor kurzer Zeit ließ man einmal laut in die Welt posaunen, daß nun den Wünschen der städtischen Arbeiter ernsthaft nähergetreten werden solle. Ist in diesem Bestreben vielleicht wieder eine Veränderung eingetreten? Aufgabe unserer Genossen wird es sein, darauf hinzuwirken, daß über diese Frage öffentlich verhandelt wird.

Achtung! Vereine und Korporationen, die Aufnahme in den demnächst erscheinenden Vereinskalender wünschen, wollen Adresse und Sitzungsliste bis zum 10. September der Redaktion einleiten.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abteilung II. Mittwoch, 5. September, abends 8 Uhr, bei Donath, Schönensir. 6: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Löwenberg über: Die Ursachen der sozialen Revolution im ausgehenden Mittelalter. 2. Diskussion. 3. Abteilungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Euttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Flage und Ware. — Partei und Gewerkschaft. Von Karl Rautsch. (Schluß). — Wahlrechtsbewegung und Massenstreik. Von Friedrich Stampfer. — Zur Frage der Landarbeiterorganisation. Von Otto Braun. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905. Von Wilhelm Janßen. — Die Agrarverhältnisse bei den Elben. Von Eduard Wiede. — Ultrarichtige Kandidaten: Janjo Sakaloff, Sozialismus oder Demokratie? Von Grigor Wassileff. — Notizen: Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1904. Von G. Vint. — Von der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Bergbau-Genossenschaft. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probestummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Euttgart, Verlag von Paul Singer), ist nun soeben Nr. 18 des 16. Jahrganges ausgegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Zur Frauenkonferenz in Mannheim. Von Luise Fleck. — Ehe und Sittlichkeit. V. — Zur Frage der Mutterschulbildung. Von Herrn Rollendorf. — Frauenstimmrecht. Von a. Br. — Der Böhmerinnenklub nach der Gewerbeordnung und dem Krankenversicherungsgesetz. Von Friedrich Kleis. — Wächter Verband der Fabrik, Land-, Hüttenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Von W. K. — Die Frauenarbeit im Handelsgebiet. Von Ida Baar. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Agitation in Sachsen-Weimar-Greiz. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarische Frauenbewegung. — Anträge zur Frauenkonferenz in Mannheim. — Volkliche Kandidat. Von G. L. — Genossenschaftliche Kandidat. Von Simon Rahnstein. — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Die Arbeiterinnenfrage auf der letzten Generalversammlung des Deutsch-Österreichischen Frauenbundes in Nürnberg. — Frauenstimmrecht. — Heuslotten: Wed eines Slavens. Von Smatoplul Gsch. (Wediht). — Jagermann. Ein Märchen. Von Ludwig Angenruder. — Rätsle. Von Hermann Conrad. (Wediht). — Beilage: Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Zeit von August 1905 bis Ende Juli 1906.

Kinder-Beilage: Spruch. Von Wolfgang Goethe. — Sedan. Von Ernst Kimsloh. — Edelweiss. Von Anton Jendrych. — Der Lohse an Romwegs Felsenstrand. Von Gielebrecht. (Wediht). — Der Storch und der Regenwurm. Von Karl Oswald. (Schluß). — Judsch! Von Robert Reinitz. (Wediht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 18. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus dem Dreiklassenstaat“ und „Die Justizstätte“ sowie die weiteren Illustrationen „Der deutsche Staatsbürger und sein Schutzgeist“, „Im Kolonialkampf“, „Tantalus“, die Abgeordneten auf der Stubeinreise in die Kolonien, „Ein Juchiederer“, „Die treue und zuverlässige Krone“, „Der Jar als Selbstmörder“, „Kriegsrat der Hereros“, „Reverenzfrage im Bruch“, und „Richtels Damabensah“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Krupps Truppen“, die königlich-preussischen Lieder, „Progenmoral“, „Unser Krieg“, „Zur Erinnerung“, „Vorwärts“, „Wuh!“ einmal einer. „Wilson“, „Am goldenen Horn“, „In den stillen Vorstadtstraßen“ und außer zahlreichen kleineren und größeren satirischen Prosaarbeiten noch die Millitärumweltsche „Nette sich, wer kann“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.